

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



EINWANDERUNG WILLKOMMEN

**Mythen und Lügen in
der Flüchtlingspolitik -
und warum Migration
nicht das Problem ist**

luxemburg argumente

«Flüchtlinge willkommen!» Das war der Titel des Argumente-Hefts 8 zu den Mythen und Fakten in der Migrations- und Flüchtlingspolitik. «Flüchtlinge willkommen – Refugees welcome» war auch die Parole des Jahres 2015. Es war die richtige Losung angesichts einer Million Geflüchteter, die über die «Balkanroute» in dieses Land buchstäblich eingewandert waren. Es war der entschlossene Ausdruck gegen Abschottung und Ausgrenzung und für das Unbekannte, das in den zahllosen neuen sozialen Beziehungen im Entstehen begriffen war.

Drei Jahre später ist das ständige Wiederholen dieser Willkommensparole irritierend. Wenn der neuen Mitbewohnerin am Tag ihres Einzugs ein «Willkommen» entgegengebracht wird, markiert es den Übergang von einer Außen- zu einer Binnenperspektive. Wenn dieser Mitbewohnerin nach dem 20. WG-Plenum, wo gerade die neuen Einkaufs- und Putzpläne besprochen werden, immer noch «willkommen» gesagt wird, stellt sich die Frage, warum weiterhin beharrlich aus der Perspektive des Gastgebers gesprochen und wieso die neue Mitbewohnerin dauerhaft als Gast adressiert wird. Ein gegenseitiges «Hallo», bevor man zu der Frage übergeht, wie nun der gemeinsame Haushalt zu organisieren sei, wäre die angemessenere Umgangsform.

Die Binnenperspektive hat sich im Zuge der gegenwärtig beschleunigten Entdemokratisierung und Renationalisierung stark verändert. Wo jahrzehntelang auch um ein inklusives Innen gerungen wurde, herrscht heute der exklusive Begriff der Heimat, der sich bis hinein in die Staatsräson eingeschrieben hat. Abschiebeflüge in Kriegsgebiete, Folterlager als Mobilitätsbarrieren in Afrika, die Bekämpfung der Seenotrettung im Massengrab Mittelmeer, Milliarden für Flüchtlingslager in despotischen Regime wie der Türkei und die zunehmende Internierung von Asylsuchenden in Deutschland dienen weniger der Begrenzung von Zuwanderung, sondern der Entrechtung und Ausbeutung von Migrant*innen. Der autoritäre Umbau Europas erfordert die Verrohung der Gesellschaft – die politische, juristische und mediale Entmenschlichung von Migrant*innen ist der zentrale Testlauf für diesen Umbau. Es ist der Anfang.



INHALT

Mythen und Lügen in der Flüchtlingspolitik

1	Solidarität mit Geflüchteten ist ein Auslaufmodell.	2
2	Wir müssen die Sorgen der Bürger ernst nehmen.	4
3	Das linksliberale Meinungskartell unterdrückt eine offene Diskussion.	5
4	Die Deutschen werden zu Fremden im eigenen Land.	9
5	Muslimische Zuwanderer bedrängen deutsche Frauen.	12
6	Mehr Flüchtlinge führen zu mehr Straftaten.	15
7	Migration bringt Antisemitismus nach Deutschland.	17
8	Es gibt weniger rechte Attacken.	22
9	Das Asylrecht fördert seinen Missbrauch.	24
10	Die Flüchtlingskrise offenbart ein Politikversagen.	26
11	Durch den Familiennachzug kommt noch eine gewaltige Zahl von Flüchtlingen.	31
12	Man darf Flüchtlingen, die nicht bleiben dürfen, keine falschen Hoffnungen machen.	33
13	Viele junge Männer sind nur Wirtschaftsflüchtlinge, die gar nicht verfolgt werden.	37
14	Migration belastet die Sozialsysteme.	40
15	Durch die Flüchtlinge gibt es noch weniger bezahlbare Wohnungen.	42
16	Für Asylbewerber ist plötzlich Geld da!	45
17	Ungarn nimmt auch keine Flüchtlinge – warum sollten wir?	47
18	Das Türsteher-Abkommen mit der Türkei war ein großer Erfolg.	51
19	Der Schutz der europäischen Außengrenzen verhindert humanitäre Katastrophen.	54
20	Weniger Armut heißt weniger Migration.	60
21	Die sollen ihre Probleme vor Ort regeln, dann brauchen sie nicht zu uns zu kommen.	63

Glossar

68

MYTHEN UND LÜGEN IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK

1

SOLIDARITÄT MIT GEFLÜCHTETEN IST EIN AUSLAUFMODELL.

«Das Ende der Willkommenskultur ist notariell besiegelt.»

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), Mai 2016¹

Wenn Menschen soziale Beziehungen mit Flüchtlingen eingehen, behindert dies die staatliche Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik. Rechte Politiker*innen wissen das und haben deshalb versucht, ein Ende der Willkommenskultur herbeizureden (→ siehe auch Punkt 3). Denn die Zeit nach der Ankunft der Flüchtlinge 2015 bedeutete eine gesellschaftliche Zäsur: Die Jahrzehnte währende Leugnung der Einwanderungsrealität hatte endgültig ein Ende. Auch weil der Staat teils versagte, engagierten sich zwischenzeitlich bis zu acht Millionen Menschen in der Flüchtlingsolidarität – jede*r Zehnte im Land.² Sie gaben das unübersehbare Bekenntnis zur Einwanderung ab, das die Politik so lange verweigerte. Diese gesellschaftliche Antwort auf die Ankunft der Flüchtlinge war eine andere, als in den 1990er Jahren, als die Asylsuchenden auf fast einhellige Ablehnung stießen.

Die Menschen, die sich in Willkommens-Initiativen engagieren, wurden von Rechten als «Bahnhofs-klatzcher»³ diffamiert und von Flüchtlingen teils wegen paternalistischer Einstellungen kritisiert.⁴ Doch sie haben in großem Stil soziale Beziehungen zu den Angekommenen aufgebaut. Damit haben sie die staatliche Linie der Flüchtlingsabwehr unterlaufen, die seit

¹ Zit. nach: Braun, Stefan/Wittl, Wolfgang: «Ende der Willkommenskultur notariell besiegelt», in: Süddeutsche Zeitung, 10.5.2016, unter: www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-ende-der-willkommenskultur-notariell-besiegelt-1.2987501. ² Brunner, Katharina/Rietzschel, Antonie: Jung, weiblich, gebildet – Flüchtlingshelfer in Zahlen, in: Süddeutsche Zeitung, 24.8.2016, unter: www.sueddeutsche.de/politik/engagement-jung-weiblich-gebildet-fluechtlingshelfer-in-zahlen-1.3118324. ³ Werner, Dennis: «Das Klima kommt den Nazis zugute», in: Ruhr Nachrichten, 5.11.2017, unter: www.ruhrnachrichten.de/Staedte/Dortmund/Das-Klima-kommt-den-Nazis-zugute-956425.html. ⁴ Ormwenyeke, Sunny: Solidarität, kein Paternalismus, in: Forum Migration, Newsletter 5/2016, unter: http://migration-online.eu/beitrag_aWQ9M-TAxNTU_.html.

2

dem **Asylkompromiss** von 1993 auf Ausgrenzung und Isolation setzt – und dies auch in der neuen Legislaturperiode tut (→ siehe auch Punkt 10).

Die Willkommenskultur aber hat sich als langlebiger erwiesen als die kurze Phase der staatlichen Grenzöffnung: Sie hält bis heute an und hat sich weiterentwickelt. In Ost- und Westdeutschland, in den großen Städten und auf dem Land, in Betrieben, Schulen, Vereinen, Kirchen – fast überall gibt es bis heute Gruppen, die sich für Flüchtlinge engagieren.

Auch jetzt sind noch die meisten (54 Prozent) Deutschen der Meinung, Flüchtlinge seien eine «Bereicherung»,⁵ und vier von fünf denken, es müsse mehr für ihre Integration getan werden. In Westdeutschland engagieren sich 28 Prozent der Menschen in der Flüchtlingshilfe, wenn sie in der Nähe einer Unterkunft wohnen, in Ostdeutschland ist es jeder sechste. Anfang 2017 gab fast jede*r zweite befragte Muslim*in (44 Prozent) an, sich im vergangenen Jahr für Geflüchtete engagiert zu haben. Unter den Christ*innen war es immerhin jede*r Fünfte (21 Prozent) und unter Konfessionslosen jede*r Sechste (17 Prozent).⁶

In kurzer Zeit hat auch die Zivilgesellschaft es geschafft, Strukturen zur Unterbringung und Versorgung, zur Sprachvermittlung und zur Integration in den Arbeitsmarkt aufzubauen. Es ist eine Erfolgsgeschichte, die gegen jene verteidigt werden muss, für die Migration nur den Kampf der Kulturen bedeuten kann. Migration muss heute als das begriffen werden, was sie immer war: als sozialer Normalfall. Denn eine Gesellschaft, die das versteht, wird sich weiter öffnen und offen bleiben – für die, die da sind, und für die, die kommen.

<https://antira-kompass.info/>

⁵ Infratest dimap: Bundestagswahl 2017, Umfragen zur Flüchtlingspolitik, Tagesschau.de, 24.9.2017, unter: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/umfrage-fluechtlingspolitik.shtml>. ⁶ El-Menouar, Yasemin: Fast die Hälfte der Muslime engagiert sich in der Flüchtlingshilfe, Bertelsmann-Stiftung, 27.3.2017, unter: www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2017/maerz/fast-die-haelfte-der-muslime-engagiert-sich-in-der-fluechtlingshilfe/.

WIR MÜSSEN DIE SORGEN DER BÜRGER ERNST NEHMEN.

«Wir von der Union werden die Vorhaben zur Steuerung und Begrenzung der Migration ganz oben auf die Tagesordnung setzen.»

Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU), März 2018⁷

Oft meinen konservative Politiker*innen, sie könnten den Rechten Stimmen wegnehmen, indem sie ihnen politisch entgegenkommen. Die jüngste Vergangenheit hat erneut gezeigt, wie falsch diese Annahme ist. In ihrer programmatischen Ausrichtung stehen die Landesverbände der Union in Bayern und in Sachsen traditionell am weitesten rechts, die ideologische Distanz zur AfD ist dort am geringsten. In ebendiesen Bundesländern aber hat die Union bei den letzten Wahlen starke Einbußen hinnehmen müssen: In Bayern verlor die CSU bei der Landtagswahl im Oktober 2018 ganze 10,5 Prozent⁸ gegenüber der Landtagswahl 2015.⁹ In Sachsen stand die Landes-CDU im September 2018 bei knapp 29 Prozent¹⁰ – bei der Landtagswahl 2014 hatte sie noch 39,4 Prozent¹¹ bekommen. Dort, wo führende Landespolitiker*innen eine der AfD ähnelnde ausländerfeindliche Rhetorik angeschlagen hatten, stützten sie die Rechtspopulist*innen. Für diese zahlte sich das aus. Die Wähler*innen entschieden sich am Ende für sie. Wer redet wie die AfD, schwächt diese nicht, sondern macht sie stärker.

Die Union glaubt weiter, Teile der Rechtspopulist*innen mit einer strengen Einwanderungspolitik beruhigen und für das bürgerlich-konservative Lager zurückgewinnen zu können. Doch die ab 2017 stark gesunkenen Flüchtlingszahlen haben die AfD keineswegs daran gehindert, sich weiter zu radikalisieren. Sie stellt heute offen das Gedenken an den Nationalsozialismus in Frage und spricht selbst hier geborenen Menschen, deren Eltern

⁷ Zit. nach: Union will Zuwanderung als Erstes angehen, Welt.de, 5.3.2018, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article174191694/GroKo-Start-Union-will-Begrenzung-der-Zuwanderung-als-Erstes-angehen.html. ⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Bayern_2018. ⁹ Der Bundeswahlleiter: Bundestagswahlen 2017, unter: www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-14.html. ¹⁰ Zicht, Wilko/Cantow, Matthias: Landtagswahlumfragen, unter: www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/index.htm. ¹¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Sachsen_2014.

eingewandert sind und die einen deutschen Pass haben, das Recht ab, in Deutschland zu leben.¹² Ihr Hass auf die staatlichen Institutionen, auf die etablierten Parteien und Medien ist größer denn je. Ihre Anhänger*innen bestreiten vehement, «ausländerfeindlich» zu sein. Tatsächlich wollen sie eine geschlossene nationale Identität. Doch die wird es nicht mehr geben, auch wenn sie das nicht wahrhaben wollen. Es führt kein Weg daran vorbei anzuerkennen, dass die Prozesse der Migration nicht umkehrbar sind.

www.hotline-besorgte-buerger.de/

3

DAS LINKSLIBERALE MEINUNGSKARTELL UNTERDRÜCKT EINE OFFENE DISKUSSION.

«Es gibt ein Diskursverbot.»

Der grüne Tübinger Bürgermeister Boris Palmer, Oktober 2015¹³

5

Die Behauptung, Kritik an einer liberalen Asylpolitik sei nicht möglich oder werde sanktioniert, wird mit Vorliebe von Rechten verbreitet, aber auch von Politiker*innen der Mitte. Angeblich drohe bei öffentlichem Widerspruch soziale oder politische Ächtung. «Beim Thema Asyl ist es durchaus legitim zu sagen: Mir ist das jetzt zu viel, ich sehe das nicht ein, mir ist das zu teuer. Diese Diskussion haben wir 2015 nicht zugelassen», behauptete etwa Sachsens neuer Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) im Januar 2017.¹⁴

Mit der Realität hat das wenig zu tun. Nicht erst seit dem Erscheinen von Thilo Sarrazins Buch «Deutschland schafft sich ab» im Jahr 2010 sind ausländerfeindliche Positionen weit in den Mainstream vorgedrungen. Entsprechende Bücher finden sich auf Bestsellerlisten, die AfD sitzt in Parlamenten, ihre Vertreter*innen werden in Talkshows eingeladen und sind

¹² Poggenburg beschimpft Türkische Gemeinde als «Kameltreiber», MDR.de, 14.2.2018, unter: www.mdr.de/sachsen/politik/politischer-aschermittwoch-afd-100.html. ¹³ «Es gibt ein Diskursverbot». Gespräch mit Boris Palmer zur Flüchtlingspolitik, in: Deutschlandfunk, 26.10.2015, unter: www.deutschlandfunk.de/boris-palmer-zur-fluechtlingspolitik-es-gibt-ein.694.de.html?dram:article_id=335011. ¹⁴ Jakob, Christian: Retter der «freien Rede», in: die tageszeitung, 17.1.2018, unter: www.taz.de/!5478177/.

in Aufsichtsgremien für Bildungsinstitutionen präsent. Rechte Gruppen haben eine enorme Reichweite in den sozialen Medien, extrem rechte Verlage dürfen auf Buchmessen ausstellen, keine Pegida-Demo wurde verboten, auch Nazis dürfen offen durch die Straßen marschieren. Die Behauptung, rechte Positionen würden von einem linken Meinungskartell unterdrückt, ist absurd.

Die AfD hindert das nicht, trotzdem immer wieder das Gegenteil zu behaupten. Das ist eine politische Strategie: Kritik an der Migrationspolitik soll so in den Rang einer besonders schützenswerten Meinung erhoben werden, der nicht widersprochen werden kann, ohne ihre Vertreter*innen wieder in die «Opferrolle» zu drängen, die sie selbst eingenommen haben.

Tatsächlich ist es völlig legitim, sehr entschieden auf vermeintlich harmlose «Asylkritik» zu reagieren. Denn diese wird nicht losgelöst von der gesellschaftlichen Situation vorgetragen. Seit den pogromartigen Ausschreitungen in Hoyerswerda ist es in Deutschland eben nicht das Gleiche, Einwände gegen ein Flüchtlingsheim in der Nachbarschaft zu haben und Einwände etwa gegen eine Stromtrasse. Denn nirgendwo sonst ist der Grat zwischen Vorbehalt und Gewalt so schmal wie dann, wenn es um Flüchtlinge geht. Wer sich in diesem Kontext äußert, muss das wissen – und weiß das in der Regel auch. Aus Hoyerswerda folgt vor allem das Gebot, mit der eigenen Kritik verantwortungsbewusst umzugehen.

Es hat sich in den letzten Jahren eine Schnittmenge zwischen bürgerlicher Mitte und radikaler Rechter gebildet, die es vorher so nicht gab. Das hat auch damit zu tun, dass staatliche Institutionen und große Teile der Zivilgesellschaft ihre Haltung zur Migration geändert haben. Anders als in den 1990er Jahren haben sie Migration letztlich akzeptiert – nicht zuletzt, weil die deutsche Wirtschaft mit Nachdruck nach mehr Einwanderung verlangt. Insgesamt ist dies eine gesellschaftliche Modernisierung, die längst überfällig war – und eine gesellschaftliche Entwicklung anerkennt: Der Konsens der Nichteinwanderungsgesellschaft ist nach und nach zerbröselte.

Viele wollen das nicht akzeptieren. Diejenigen, die zum Milieu gehören, aus dem die AfD-Basis oder die «Nein zum Heim»-Initiativen hervorgegangen ist, spüren, dass sie Medien, Regierung und Institutionen nicht mehr so auf ihrer Seite haben wie noch vor einigen Jahren. Sie nehmen für sich in Anspruch, die

schweigende Mehrheit des der Bevölkerung zu repräsentieren, und behaupten gleichzeitig, Opfer eines Meinungskartells aus Staat, «Lügenpresse» und «Altparteien» zu sein.

Die Folge ist eine wachsende Distanz zu den etablierten Parteien, zu den Institutionen und zur Presse, denen sie vorwerfen, abweichende Meinungen nicht zuzulassen und die deutsche Identität zerstören zu wollen. Solche Vorstellungen sind einer der Gründe, warum sich dieses Milieu radikalisiert. Deshalb gibt es einen Zusammenhang zwischen vermeintlich harmlosen Kundgebungen «besorgter Bürger» und rechtem Terror. Der Übergang ist fließend, weil die Berührungsgänge zwischen bestimmten Konservativen und radikalen Rechten schwinden.

Manche Menschen projizieren ihre Abstiegsängste auf Migrant*innen. Dafür gibt es keinen Grund. Sozialleistungen oder Renten wurden in der Vergangenheit nicht gekürzt, Steuern nicht erhöht, weil Flüchtlinge gekommen wären. So ist es auch jetzt nicht. Im Gegenteil: Nach übereinstimmenden Einschätzungen von Volkswirtschaftler*innen und Sozialversicherungsexpert*innen¹⁵ ist die Einwanderung mittelfristig gut für alle (→ siehe Punkte 15 und 17).

Trotzdem wollen viele Menschen nicht neben Flüchtlingen leben – teils, weil sie Kriminalität befürchten, teils, weil sie schlicht keine Ausländer*innen mögen. Das ist eine rassistische Haltung, auch wenn viele Menschen im Land so denken, trotz aller Willkommenskultur. Deshalb ist der Konflikt um Migration, gesellschaftliche Modernisierung und Ausländerfeindlichkeit nicht leicht zu lösen. Doch ist immer wieder deutlich zu machen, dass Migration auf Gesellschaften eine pluralisierende und demokratisierende Wirkung hat. Die gilt es zu fördern.

www.der-rechte-rand.de/
www.antifainfoblatt.de/

¹⁵ «Flüchtlinge nicht vom Arbeitsmarkt abschotten». Interview mit Herbert Brücker, in: Magazin Mitbestimmung 1/2016, unter: www.boeckler.de/63712_63733.htm; Borstel, Stefan von: Was bedeuten Flüchtlinge für die Altersarmut?, in: Die Welt, 21.5.2015, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article147852666/Was-bedeuten-Fluechtlinge-fuer-die-Altersarmut.html.



DIE DEUTSCHEN WERDEN ZU FREMDEN IM EIGENEN LAND.

«Wir islamisieren uns schleichend.»

Der Journalist Rainer Haubrich, Juni 2017¹⁶

Die Angst vor «Überfremdung» wird oft mit der Behauptung unterfüttert, der Islam sei als Religion auf «Eroberung» ausgerichtet. Die Flüchtlinge spielen in dieser Vorstellung die Rolle als «Armee ohne Uniform»,¹⁷ deren Waffe der «Geburten-Dschihad»¹⁸ sei. Muslim*innen wird unterstellt, besonders viele Kinder zu zeugen, um zur dominierenden gesellschaftlichen Gruppe in Europa zu werden. So wird der Untergang des Abendlandes propagiert, wenn weiter Muslim*innen zu uns kommen oder nicht genügend von ihnen abgeschoben werden. Diese Rede von der «Überfremdung» hat zwei Aspekte: einen demografischen und einen kulturellen. Die demografische Behauptung lautet, dass die Nichtmuslim*innen in naher Zukunft zu einer Minderheit in Deutschland werden würden. Das passt gut zu folgender Fehleinschätzung: Die Menschen in Deutschland glauben im Durchschnitt, dass hierzulande 20 Millionen Muslim*innen leben.¹⁹ Tatsächlich liegt die Zahl erheblich niedriger: Die Bundesregierung schätzt die Zahl auf 4,4 bis 4,7 Millionen,²⁰ das Pew-Research Center glaubt, es seien 6,1 Prozent der deutschen Bevölkerung. Das Pew-Institut hat ausgerechnet, dass sich der Anteil aller Muslim*innen an der deutschen Bevölkerung bis 2050 auf 10,8 Prozent erhöhen würde – das wären dann 8,5 Millionen Menschen in 35 Jahren –, und zwar dann, wenn die Zuwanderung so hoch bliebe wie vor den Flüchtlingsankünften 2015.²¹ Hinzu kommt, dass viele Muslim*innen, die

16 Haubrich, Rainer: Wir islamisieren uns schleichend, in: Die Welt, 15.6.2017, unter: www.welt.de/debatte/kommentare/article165588459/Wir-islamisieren-uns-schleichend.html. **17** Speit, Andreas: Bürgerliche Scharfmacher: Deutschlands neue rechte Mitte – Von AfD bis Pegida, Zürich 2016. **18** Alexander, Dietrich: Muslime – Die Gewinner des demografischen Wandels, in: Die Welt, 23.6.2015, unter: www.welt.de/politik/ausland/article142756110/Muslime-Die-Gewinner-des-demografischen-Wandels.html. **19** Rötter, Christian: Zahl der Muslime in Deutschland: Wie viele sind es wirklich, in: Deutschlandfunk, 6.1.2017, unter: www.deutschlandfunk.de/zahl-der-muslime-in-deutschland-wie-viel-millionen-sind-es.886.de.html?dram:article_id=375505. **20** Wie viele Flüchtlinge leben in Deutschland?, BAMF, Working Paper, 14.12.2016, unter: www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp71-zahl-muslims-deutschland.pdf?__blob=publicationFile%7CSudie. **21** Europas wachsende muslimische Bevölkerung, Pew Research Center, 29.11.2017, unter: www.pewforum.org/2017/11/29/europas-wachsende-muslimische-bevolkerung/.

in Deutschland leben, nicht religiös sind, sondern sogenannte Kulturmuslim*innen. Von einer Islamisierung kann also keine Rede sein.

Die kulturelle Variante der islamfeindlichen Stereotype behauptet, dass Muslim*innen auch als gesellschaftliche Minderheit tief greifende, nicht wünschenswerte Veränderungen des Alltagslebens und der Kultur erzwingen könnten – etwa durch den Bau von Moscheen oder das Infragestellen dominierender christlicher Traditionen wie Weihnachten. Hierbei werden oft Umfragen herangezogen, nach denen für eine Mehrzahl der Muslim*innen das Befolgen religiöser Gebote wichtiger sei als die Gesetze des Staates.²²

Tatsächlich kommen die meisten Menschen aus den Kriegsgebieten im Nahen Osten nicht nach Westeuropa, weil sie hier ein Kalifat aufbauen wollen, sondern weil sie vor einem solchen fliehen und hier Rechtsstaat und Demokratie suchen. Die in den Umfragen viel zitierte «Scharia» (eine Sammlung islamischer Rechtsgrundsätze) ist für die meisten Muslim*innen nicht gleichbedeutend mit den islamischen Rechtspraktiken, sondern ein Katalog ethisch-moralischer Überzeugungen. Nur eine Minderheit verbindet damit ein staatlich verordnetes Strafsystem.

Wer den Islam als seine Religion betrachtet, für den zählt die Scharia dazu. Das heißt aber keineswegs, daraus die Gesetze für ein politisches Gemeinwesen abzuleiten. Die islamische Welt besteht nicht nur aus Gottesstaaten wie Iran oder Saudi-Arabien. Syrien etwa war ein säkularer Staat. In solchen Ländern ist es für gläubige Muslim*innen kein Problem, die Scharia mit der Akzeptanz staatlicher Gesetze zu vereinbaren – entsprechend können sie das auch mit dem deutschen Grundgesetz.

Eine Ausnahme bilden dabei Islamist*innen. Doch diese sind eine Minderheit. Die Muslim*innen in Deutschland sind zwar religiöser als die Gesamtbevölkerung, aber das heißt nicht viel, denn die Einstellung zur Demokratie hängt nicht mit der Religionszugehörigkeit zusammen – so die Ergebnisse einer Studie zur Religiosität von **Asylsuchenden** in Bayern, die die CSU-nahe Hans-Seidel-Stiftung 2017 in Auftrag gegeben hat.²³ Religi-

22 Leubecher, Marcel: Islam-Gebote stehen über dem Gesetz, findet fast die Hälfte, in: Die Welt, 16.6.2016, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article156269271/Islam-Gebote-stehen-ueber-dem-Gesetz-findet-fast-die-Haelfte.html. **23** Haug, Sonja u.a.: Asylsuchende in Bayern, Hans-Seidel-Stiftung, 2018, unter: www.hss.de/publikationen/asylsuchende-in-bayern-pub697/.

onsfreiheit werde in Deutschland «zur Ausübung der eigenen Religion genutzt, andererseits wird auch die Befreiung von einer strengen Kontrolle der religiösen Alltagspraxis wie im Herkunftsland geschätzt», schreiben die Forscher*innen. Die Befragten bewerten Laizismus «mehrheitlich positiv», und «so gut wie alle Befragten lehnen religiös begründete Gewalttaten ab, seien es Selbstmordattentate oder Gewalt im Namen der Religion.»

Hinzu kommen Säkularisierungsprozesse, die Muslim*innen in Deutschland durchlaufen, und die Säkularität, die sie mitbringen: Viele stammen aus multireligiösen Staaten und sind es gewohnt, im Alltag friedlich mit Christ*innen und Angehörigen anderer Religionen zusammenzuleben. Dass eingewanderte Muslim*innen religiöse Toleranz erst von uns lernen müssten, ist ein Klischee.

Schließlich wird Muslim*innen vorgeworfen, gleichgültig gegenüber Dschihadisten zu sein und so ein Milieu zu schaffen, in dem diese ihren Nachwuchs rekrutieren können. Noch einmal: Die allermeisten Flüchtlinge aus islamischen Ländern fliehen, weil sie eben keine religiösen Fundamentalist*innen sind und nicht unter solchen leben wollen. Das gilt für viele Geflüchtete aus Syrien, Irak, Iran, Afghanistan, Pakistan, Bangladesch, den Sahel-Staaten oder Teilen Westafrikas. Sie für islamistischen Terror mitverantwortlich zu machen verkennt ihre Biografie.

Die Folge der zunehmenden Islamfeindlichkeit ist ein starker Anstieg von Gewalt gegen Menschen muslimischen Glaubens. 2017 gab es bundesweit mindestens 950 Angriffe auf Muslim*innen und muslimische Einrichtungen wie Moscheen.²⁴ Dabei wurden 33 Menschen verletzt. In fast allen Fällen seien die Täter*innen Rechtsextreme gewesen.

**[www.nsu-watch.info/category/analyse-recherche/
nsu-netzwerke/
www.apabiz.de/](http://www.nsu-watch.info/category/analyse-recherche/nsu-netzwerke/)**

²⁴ dpa: Mindestens 950 Angriffe auf Muslime und Moscheen in 2017, in: Neue Osnabrücker Zeitung, 3.3.2018, unter: www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/1028692/mindestens-950-angriffe-auf-muslime-und-moscheen-in-2017.

MUSLIMISCHE ZUWANDERER BEDRÄNGEN DEUTSCHE FRAUEN.

«Fakt ist, dass viele Zuwanderer und Flüchtlinge ein archaisches Frauenbild haben, das mit unseren liberalen Werten und unseren Vorstellungen von der Gleichberechtigung der Geschlechter schlicht unvereinbar ist.»

Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Kai Wegner, Januar 2016²⁵

12

Von Pegida über *Emma* bis zur CDU sind sich alle einig: Muslimische Männer sind ein Problem. Nach den sexuellen Übergriffen von Köln in der Silvesternacht 2016/17 sprach Alice Schwarzer von «entwurzelt, brutalisierten und islamisierten jungen Männern»,²⁶ auf rechten Demos hießen sie nur noch «Rapefugees», die Polizei twitterte über «Nafri» («nordafrikanische Intensivtäter») – und setzte damit Herkunft und Täterschaft von vornherein in eins. Kurz darauf brachte die Koalition eine Gesetzesänderung auf den Weg, um straffällig gewordene Nichtdeutsche schneller ausweisen zu können. Als selbst der linke Club Conne Island in Leipzig wegen «sexistischer Anmachen und körperlicher Übergriffe»²⁷ die Einlassregeln für Flüchtlinge verschärfte, war die Schadenfreude der Rechten riesig. («Die verbohrtesten Köpfe brauchen leider die Hand im Schritt, um zu begreifen.»)²⁸ Dabei ist die Sache etwa vom Conne Island durchaus klar und ressentimentfrei formuliert worden: Es sollen «keine doppelten Standards angelegt werden [...]. Sexistisches, homophobes, rassistisches oder antisemitisches Verhalten wird nicht akzeptiert und kann auch nicht durch Herkunft oder Sozialisation gerechtfertigt werden.»

²⁵ Zit. nach: Silvester-Übergriffe: CDU-Politiker machen Frauenbild von Flüchtlingen zum Thema, in: Berliner Morgenpost, 7.1.2016, unter: www.morgenpost.de/politik/article206897183/CDU-Politiker-machen-Frauenbild-von-Fluechtlingen-zum-Thema.html. ²⁶ Burger, Reiner: Auf einen Tanz mit der Staatsmacht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.1.2017, unter: www.faz.net/aktuell/politik/inland/silvesternacht-in-koeln-motive-nordafrikanischer-taeter-14604922.html. ²⁷ Conne Island: Ein Schritt vor, zwei zurück, 7.10.2016, unter: www.conne-island.de/news/191.html. ²⁸ Ackner, Wolfram: Leipzig: Ernüchterung auf Conne Island, 10.1.2016, unter: www.achgut.com/artikel/ernuechterung_auf_conne_island.

Solche Überlegungen interessieren Rechte nicht. Sie schwadronieren lieber darüber, dass durch die Flüchtlinge «Angsträume» für «blonde deutsche Frauen» (Björn Höcke) entstanden seien – eine der liebsten Redewendungen der Rechtspopulist*innen. Das Bild des kriminellen, sexuell übergriffigen, jungen arabischen Mannes ist inzwischen fest etabliert. Dabei schwingt immer die Vorstellung mit, die «deutschen Frauen» gehörten irgendwie den deutschen Männern, die sie dafür aber auch «beschützen» müssen.²⁹

Nun ist das Geschlechterverhältnis in vielen islamisch geprägten Ländern ohne Frage patriarchal, was nicht bedeutet, dass Frauen keine gesellschaftlichen Machtpositionen einnehmen können – in Staaten wie Indonesien, Bangladesch oder Pakistan etwa gab es Regierungschefinnen.

Problematischer ist allerdings, dass geflüchtete Männer oft in männerbündische Kollektive gezwungen werden, etwa durch die verordnete Unterbringungssituation und durch den verweigten Nachzug weiblicher Familienangehöriger. Dass jede Art von Männerbünden für Frauen bedrohlich ist, egal ob es sich um das Militär, den Fußballfanclub oder andere Gruppen handelt, ist ein Problem unserer Gesellschaft, das unabhängig von der Herkunft oder der Religion gilt. Das müssen vor allem auch geflüchtete Frauen erleben: Wenn «Frauen in Flüchtlingsunterkünften in Deutschland ankommen, können sie sexualisierter Gewalt oder Gewalt durch Partner, andere Bewohner oder Personal ausgesetzt sein», schreibt das Deutsche Institut für Menschenrechte: «Die Bedingungen der Unterkünfte wie isolierte Standorte, niedrige Personalschlüssel und fehlende Frauenräume bieten wenig Schutz und können gewaltfördernd wirken.»³⁰ Gerade diese Perspektive wird in dem Diskurs um den gefährlichen männlichen Flüchtling unsichtbar gemacht.

Die, die der Meinung sind, Muslim*innen hätten hier sowieso nichts verloren, stört das nicht. Sie machen die Religion dafür

29 So schrieb die «Sezession»-Autorin Ellen Kositzka: «Die weißen Linken haben ihre Männlichkeit doch als cuckold's längst outgesourced. [...] arabische Clans ..., durchtrainierte Afrikaner ... Das ist doch die Männlichkeit, auf die der weiße Mann stolz ist.» Björn Höcke rief im November 2015 auf den Erfurter Marktplatz: «Wir müssen unsere Männlichkeit wiederentdecken. Denn nur, wenn wir unsere Männlichkeit wiederentdecken, werden wir mannhaft! Und nur, wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft. Und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde!» (zit. nach: Dörfler, Sebastian: Ihre große Erzählung, in: die tageszeitung, 16.2.2018, unter: www.taz.de/15482501/). **30** Pressemitteilung, Deutsches Institut für Menschenrechte, 4.3.2015, unter: www.institut-fuer-menschenrechte.de/en/press-room/news/article/pressemitteilung-zugang-zu-gewaltschutz-auch-fuer-frauen-in-fluechtlingsunterkuenften-menschenrechts/.

verantwortlich, wenn Männer sich betrinken und Frauen be-
grabschen («barbarische, muslimische, gruppenvergewaltigende Männerhorden»)³¹ – obwohl genau solches Verhalten islamischen Geboten völlig widerspricht. Wie es gerade passt, wird zu belegen versucht, dass der Islam mit der vermeintlich deutschen Kultur unvereinbar sei. Häufig geschieht das mit der Absicht, die hausgemachte Gewalt gegen Frauen nicht thematisieren zu müssen.

So ist man eher bereit, den eigenen Sexismus zu tolerieren als den vermeintlich fremden. Sind Täter Muslime, wie bei dem Mord an einem 15-jährigen Mädchen im rheinland-pfälzischen Kandel im Dezember 2017, wird die Bundeskanzlerin persönlich für die schreckliche Tat verantwortlich gemacht, weil sie die Muslime angeblich persönlich ins Land geholt habe. Medien wird reflexhaft vorgeworfen, die Tat kleinzureden, weil sie die Flüchtlingspolitik decken wollen. Wenn über einen der jährlich etwa 150 anderen Morde an Frauen³² und die 140.000 weiblichen Opfer häuslicher Gewalt³³ in Deutschland nicht berichtet wird, wird dies hingegen klaglos akzeptiert, solange die Täter keine Ausländer sind.

Doch an solchen Mordfällen, genauso wie an allen anderen Fällen sexualisierter Gewalt, ist kein Islam schuld, keine Bundeskanzlerin, keine Mainstreampresse und keine Gutmenschen, sondern die Täter und eine Gesetzeslage, die Frauen – deutsche wie nicht-deutsche – nicht umfassend schützt.

Und während die AfD im Namen des Kampfes gegen «sexuelle Übergriffe und Morde an Frauen» gegen Muslime mobilisiert, pflegt sie selbst enge Verbindungen zu christlich-fundamentalistischen Gruppen, die Frauen das Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper und ihr Leben nehmen wollen und die den angeblichen «Gender-Wahn» bekämpfen.³⁴

www.women-in-exile.net/
<https://iwspace.wordpress.com/>

31 Dittrich, Hauke-Christian: Beatrix von Storch wettet gegen muslimische Männer, in: Stern, 1.1.2018, unter: www.stern.de/politik/deutschland/beatrix-von-storch-wettet-gegen--muslimische-maennerhorden---und-wird-von-twitter-gesperrt-7806080.html. **32** 149 Frauen starben durch den Partner, tagesschau.de, 24.11.2017, unter: www.tagesschau.de/inland/gewalt-113.html. **33** Zuhause – ein gefährlicher Ort, tagesschau.de, 20.11.2018, unter: www.tagesschau.de/inland/haeusliche-gewalt-giffey-101.html. **34** Internet-Hit: AfD-Mann verspottet Gender-Sprech, in: Junge Freiheit, 10.6.2016, unter: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2016/internet-hit-afd-mann-verspottet-gender-sprech/>.

MEHR FLÜCHTLINGE FÜHREN ZU MEHR STRAFTATEN.

Der Anstieg der Kriminalität «ist vor allem auf die gewachsene Zahl von Straftaten durch Zuwanderer zurückzuführen.»

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU), März 2017³⁵

Viele Menschen glauben, «Ausländer» seien eine Gefahr für die Sicherheit – etwa durch Gewalt- und Sexualverbrechen oder Diebstähle. Dass die «aufgenommenen Flüchtlinge die Kriminalität in Deutschland erhöhen», glauben nach einer Studie des Sachverständigenrates Migration aus dem Jahr 2018 insgesamt 47,8 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.³⁶ Eine faktische Grundlage gibt es dafür so nicht.

Das Bundeskriminalamt (BKA) registrierte im ersten Halbjahr 2017 133.800 Straftaten und versuchte Straftaten mit jeweils mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer (als Zuwander*innen gelten dem BKA «Asylbewerber, Asylberechtigte, Geduldete, Kontingentflüchtlinge und Abgelehnte Asylbewerber»). Das ist ein Rückgang um neun Prozent gegenüber dem Vorjahr. Diebstähle sind um 22 Prozent zurückgegangen. Drogendelikte stiegen in dieser Zeit allerdings um fünf Prozent an ebenso wie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (sexueller Missbrauch, Vergewaltigungen oder Zuhälterei).

Etwa 1,6 Millionen Menschen sind Zuwander*innen im Sinne der BKA-Statistik. Demnach wurden mutmaßlich 8.363 Straftaten je 100.000 Zuwander*innen begangen. Bei deutschen Staatsbürger*innen liegt dieser Wert bei 3.885 Fällen – das ist also weniger als die Hälfte. Eine Studie über die Entwicklung von Gewalt in Deutschland, die unter Federführung des Kriminalwissenschaftlers Christian Pfeiffer im Auftrag des Bundesfamilienministeriums entstand,³⁷ kommt auf den ersten Blick zu

³⁵ Zit. nach: Kunze-Gubsch, Andreas: Polizeiliche Kriminalstatistik 2016, Sachsen.de, 29.3.2017, unter: www.polizei.sachsen.de/de/MI_2017_50094.htm. ³⁶ Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland – SVR-Integrationsbarometer 2018, https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2018/09/SVR_Integrationsbarometer_2018.pdf. ³⁷ Pfeiffer, Christian/Baier, Dirk/Kliem, Sören: Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland. Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Januar 2018, unter: www.bmfsfj.de/blob/121226/0509c2c7fc392aa88766bdaf9d39b/gutachten-zur-entwicklung-der-gewalt-in-deutschland-data.pdf.

ähnlichen Ergebnissen: In dem Kapitel, das sich mit «Flüchtlingen in Niedersachsen als Opfer und Täter von Gewalt» befasst, heißt es, dass dort die Zahl der Gewalttaten zwischen 2014 und 2016 um 10,4 Prozent gestiegen ist. Zu 92,1 Prozent sei diese Zunahme Flüchtlingen zuzurechnen. Sind das jeweils Belege für eine höhere Straffälligkeit von Zugewanderten?

Keineswegs. Pfeiffer selbst warnt für die beiden Erhebungen vor falschen Rückschlüssen. Denn in jeder Bevölkerung begeht die Gruppe der 15- bis 36-jährigen Männer mehr als die Hälfte aller Gewalttaten. Und unter Flüchtlingen ist diese Gruppe deutlich größer als in der Gesamtbevölkerung. Gleiches gilt für Menschen aus einkommensschwachen Soziallagen, also sozialen Gruppen, die häufiger in den Kriminalitätsstatistiken auftauchen.

Außerdem ist in den Statistiken jeweils nur die Zahl der gestellten Strafanzeigen verzeichnet, nicht etwa die der rechtskräftigen Verurteilungen. Eine Zunahme der Kriminalität durch Flüchtlinge ist deshalb durch diese Angaben nicht zwingend nachzuweisen, wohl aber, dass sehr viele Straftaten angezeigt wurden, bei denen Flüchtlinge verdächtigt wurden. Die Autor*innen der Niedersachsen-Studie geben an, dass Gewaltdelikte von Flüchtlingen mindestens doppelt so oft angezeigt werden wie von deutschen Täter*innen verübte Gewaltdelikte. Opfer zeigen häufig solche Täter*innen an, die sie nicht persönlich kennen, weil sie Fremde eher als Bedrohung empfinden. Im persönlichen Umfeld hingegen zögerten Opfer mit einer Anzeige, unter anderem deshalb, weil sie Angst davor hätten, von Täter*innen unter Druck gesetzt zu werden. Aufgrund der Sprachbarriere könnten sich geflüchtete Täter*innen und deutsche Opfer auch oft nicht verständigen. In der Studie heißt es dazu: «Das reduziert die Chancen beträchtlich, dass es nach der Tat zu einer Verständigung darüber kommt, den Vorgang auf irgendeine Weise intern zu regeln.»

All dies führt dazu, dass Straftaten von Migrant*innen «eine entsprechend erhöhte Sichtbarkeit» erreichen. Unter den Tisch fällt dabei, dass meist auch Flüchtlinge und Migrant*innen die Opfer sind. Die aus den schlichten Beschuldigtenzahlen entstehenden Fehleinschätzungen könnten dazu missbraucht werden, Ängste vor Flüchtlingen sowie eine allgemeine Ausländerfeindlichkeit zu schüren. «Medien und Politik sollten deshalb stets auf diesen Verzerrungsfaktor hinweisen», empfiehlt die Studie.

Zudem können bestimmte Straftatbestände wie die «unerlaubte Einreise» aufgrund bestimmter Einschränkungen des Aufenthaltsgesetzes überhaupt nur Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus begehen, darauf weist die Kriminologin Andrea Kretschmann vom Centre Marc Bloch in Berlin hin.

Rechnete man diese Faktoren – Soziallage, Alterskohorte, Aufenthaltsstatus – heraus, so Kretschmann «wird sichtbar, dass Migrant*innen in fast allen Deliktskategorien gesetzestreuer als Deutsche in vergleichbaren Soziallagen sind». ³⁸ Die Praxis des Racial Profiling, die überproportionale Kontrolle von Migrant*innen im öffentlichen Raum, aber ignoriert das. Sie verstärkt die Assoziation von Migration und Straftaten.

www.cilip.de/

7

MIGRATION BRINGT ANTISEMITISMUS NACH DEUTSCHLAND.

17

«Antisemitismus ist in Deutschland tief verwurzelt - vor allem in muslimischen Communitys.»

Ahmet Toprak, Prof. für Erziehungswissenschaften an der Fachhochschule Dortmund, Dezember 2017³⁹

Als ab 2015 viele Flüchtlinge nach Deutschland kamen, hießen die jüdischen Gemeinden diese willkommen, äußerten aber auch Sorge vor einem Anstieg des Antisemitismus. «Zum einen empfinden wir eine große Empathie, zum anderen fragen wir uns aber, welche Haltung sie zu Israel und zu Juden generell haben», ⁴⁰ sagte der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster. Angela Merkel erklärte, dass eine Angst vor Antisemitismus durch muslimische Geflüchtete ernst

³⁸ Kretschmann, Andrea: Der «Nafri»-Mythos, 1.4.2017, unter: www.migration-online.de/beitrag_aWQ9MTA0MTc_.html. ³⁹ Toprak, Ahmet: Judenfeindlichkeit gehört zum guten Ton, in: Die Zeit, 14.12.2017, unter: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-12/muslimischer-antisemitismus-jerusalem-israel-integration. ⁴⁰ Jüdische Gemeinden befürchten Antisemitismus bei Flüchtlingen, in: Deutsche Welle, 15.11.2015, unter: www.dw.com/de/j%C3%BCdische-gemeinden-bef%C3%BCrchten-antisemitismus-bei-fl%C3%BCchtlingen/a-18851042.

zu nehmen sei, da viele von ihnen aus Ländern kämen, in denen «Hass auf Israel allzu selbstverständlich» sei.⁴¹

Diese Sorge wurde von konservativen Kreisen aufgegriffen und auf die Formel gebracht, mit der Flüchtlingszuwanderung sei Judenfeindlichkeit nach Deutschland «importiert»⁴² worden. Dabei lenkte nicht nur die Union die Aufmerksamkeit verstärkt auf den Antisemitismus muslimischer Zuwander*innen, gern mit Verweis auf die besondere Verantwortung Deutschlands durch die NS-Vergangenheit. So forderten CDU und CSU mit explizitem Bezug auf den Holocaust-Gedenktag 2018 – dem Tag, an dem der schlimmsten antisemitischen Verbrechen gedacht wird, die Deutsche jemals begangen haben –, die Ausweisung antisemitischer Ausländer*innen zu erleichtern.⁴³

In vielen arabischen Ländern wie Syrien oder dem Irak ist der Antisemitismus im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt tatsächlich sehr stark ausgeprägt. 2016 befragte das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität Berlin Geflüchtete zu ihren Einstellungen zu Israel und zu Jüdinnen und Juden.⁴⁴ Die Mehrheit der Interviewpartner*innen habe «antisemitische Ressentiments geäußert», schreiben die Forscher*innen. Diese seien «in den meisten Fällen fragmentarisch und oft von Widersprüchen gekennzeichnet» gewesen, selten hätten sich «verschwörungstheoretische Tendenzen» gezeigt, bei denen Juden «ein übergroßes Maß an Verantwortung für die (negativen) Ereignisse in der Welt zugesprochen» wurde.

Viele Befragte gaben an, ihr «Wissen» über Juden sei zu einem Gutteil durch Medien in ihren Herkunftsländern vermittelt worden. «Diese Diskurse aus den Herkunftsländern werden jedoch unterschiedlich interpretiert und verändert, auch durch die Fluchterfahrung.»⁴⁵ Das heißt, solche Denkmuster kön-

41 Angst vor muslimischem Antisemitismus ernst nehmen, Spiegel Online, 14.9.2016, unter: www.spiegel.de/politik/ausland/angela-merkel-angst-vor-antisemitismus-durch-fluechtlinge-ernst-nehmen-a-1112286.html. **42** CDU-Politiker Spahn warnt vor «importiertem Antisemitismus», Spiegel Online, 20.2.1015, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/spahn-warnt-vor-importiertem-antisemitismus-a-1019559.html. **43** Leubecher, Marcel: Union will Judenhasser ausweisen, in: Die Welt, 6.1.2018, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article172205448/Antisemitismus-Union-im-Bundestag-will-Judenhasser-ausweisen.html. **44** Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung: Flucht und Antisemitismus, 2016, unter: www.bim.hu-berlin.de/de/projekte/2016/05/15/2016/12/31/flucht-und-antisemitismus-qualitative-befragung-von-expert_innen-und-gefluechteten-erste-hinweise-zu-erscheinungsformen-von-antisemitismus-bei-gefluechteten-und-moegliche-umgangsstrategien/. **45** Arnold, Sina/König, Jana: Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in: medienservice, 10.4.2016, unter: <https://mediendienst-integration.de/artikel/antisemitismus-unter-gefluechteten.html>.

nen Menschen aus diesen Regionen ablegen, wenn sie nach Deutschland kommen. Es ist aber eine rassistische Irreführung, so zu tun, als hätten die Araber*innen den Hass auf Jüdinnen und Juden nach Deutschland gebracht.

Die Mitte, die Rechten und die Linke

Denn durch alle Milieus hinweg sind in der deutschen Gesellschaft seit jeher antisemitische Denkmuster fest verwurzelt. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung⁴⁶ finden 23 Prozent der Deutschen, dass Jüdinnen und Juden «auf der Welt zu viel Einfluss haben» – ein klassischer Indikator für traditionellen Antisemitismus, der «relativ konsistent, stabil und änderungsresistent» sei. Nach der «Mitte»-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2016 können etwa 40 Prozent der Befragten wegen der Politik Israels «gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat». 2014 waren es noch 28 Prozent.⁴⁷ Ein von der Bundesregierung beauftragter Expertenkreis fasste 2012 den Forschungsstand zu Antisemitismus zusammen und stellte fest, dass etwa 20 Prozent der Bevölkerung latent antisemitisch eingestellt sind.⁴⁸

Auch in Teilen der Linken finden antisemitische Argumentationsmuster Anklang. Und für Rechtsextremist*innen ist Antisemitismus genauso zentral wie für Islamist*innen: Beide sehen das Judentum als Drahtzieher einer weltweiten Verschwörung. Doch es sind eindeutig Rechtsextreme, die in Deutschland das Gros der Angriffe gegen Jüdinnen und Juden verüben (→ siehe Tabelle 1).

2017 verzeichnete die Polizei 1.453 antisemitische Straf- und Gewalttaten, weniger als 2014 (1.596), also vor den Flüchtlingsankünften. Bei einer Untersuchung der Universitäten Bielefeld und Frankfurt⁴⁹ vom April 2017 allerdings gaben 61 Prozent der 533 befragten Jüdinnen und Juden an, in den vergangenen zwölf Monaten Antisemitismus in Form von versteckten Andeutungen erlebt zu haben. 29 Prozent berichteten von verbalen

⁴⁶ Bertelsmann-Stiftung: Deutschland und Israel heute, 2015, unter: www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/deutschland-und-israel-heute/. ⁴⁷ Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2016, unter: www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf/_16/Gespaltene%20Mitte_Feindselige%20Zust%C3%A4nde.pdf#page=50. ⁴⁸ Deutscher Bundestag: Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus: Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, 2011, Bundestags-Drucksache BT-DRS 17/7700, 10.11.2011. ⁴⁹ Zick, Andreas u.a.: Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland: Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus, April 2017, unter: https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf.

Beleidigungen bzw. Belästigungen und drei Prozent von körperlichen Angriffen. Deswegen zeigten sie ihre jüdische Identität nicht oder seltener. Besonders ausgeprägt seien Angriffe in Schulen.

Antisemitismus ist ein wachsendes Problem in Deutschland. Er ist ohne Frage auch unter Zuwanderer*innen verbreitet und muss dort ebenfalls bekämpft werden. Aber wer Antisemitismus zum Importproblem erklärt, bekämpft den Hass auf Jüdinnen und Juden nicht, sondern instrumentalisiert ihn.

<https://jfda.de/>

Tabelle 1: Antisemitische Straftaten in Deutschland nach Tätergruppe

Jahr	Gesamt	PMK «Rechts»	PMK «Ausländer»
2001	1.691	1.629	31
2002	1.771	1.594	89
2003	1.344	1.226	53
2004	1.449	1.346	46
2005	1.748	1.682	33
2006	1.809	1.662	89
2007	1.657	1.561	59
2008	1.559	1.496	41
2009	1.690	1.520	101
2010	1.268	1.192	53
2011	1.239	1.188	24
2012	1.374	1.314	38
2013	1.275	1.218	31
2014	1.596	1.342	176
2015	1.366	1.246	78
2016	1.468*	1.381*	48*
2017	1.504*	1.412*	NN

Quellen: Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, BMI, April 2017.

*Bundesministerium des Innern: Übersicht «Hasskriminalität»: Entwicklung der Fallzahlen 2001 – 2017, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2018/pmk-2017-hasskriminalitaet-2001-2017.html>



SOLIDARITÄT

ES GIBT WENIGER RECHTE ATTACKEN.

«Angriffe auf Asylbewerberheime deutlich zurückgegangen.»

Zeit Online, Oktober 2018⁵⁰

Die Zahl rassistischer Straftaten ist in Deutschland trotz des Rückgangs gegenüber 2016 weiter alarmierend hoch: Im ersten Halbjahr 2018 gab es mehr als 700 Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte. Betroffen sind Flüchtlinge in Ost- und Westdeutschland, in großen Städten und auf dem Land. Insgesamt gab es in diesem Zeitraum 627 Angriffe auf Flüchtlinge und 77 Attacken auf Unterkünfte. 120 Menschen wurden dabei verletzt.⁵¹

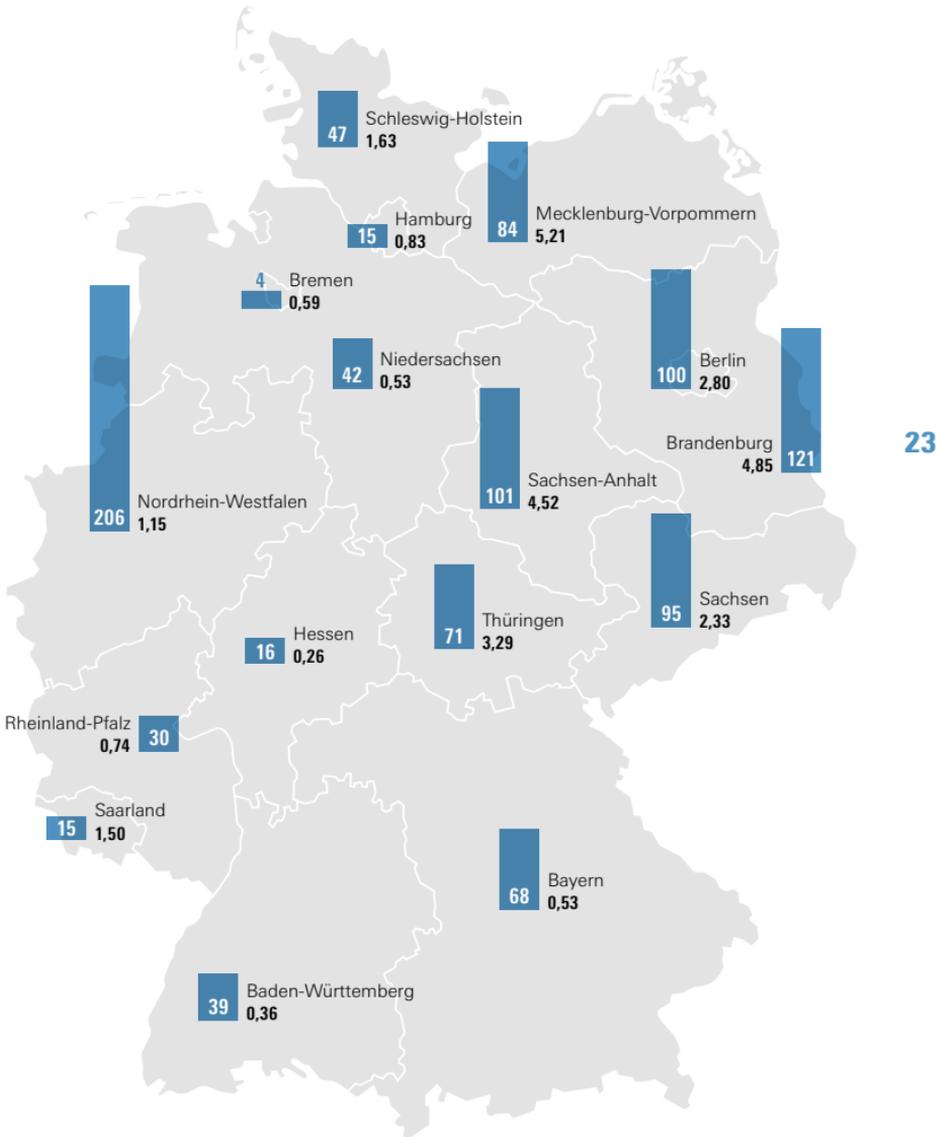
Die flächendeckende Alltagsgewalt ist Ausdruck einer aggressiven Stimmung, die von der AfD und anderen Gruppierungen der extremen Rechten befördert wird. Sichtbar wurde sie etwa im September 2018 in Chemnitz, als Tausende Nazis in der Stadt demonstrierten und Menschen jagten. Ermutigt werden die Täter*innen auch durch die rassistische Stimmungsmache von Innenpolitiker*innen, die dauernd neue Verschärfungen im Umgang mit Flüchtlingen fordern, sowie von einer Polizei, die weder Flüchtlinge ausreichend schützt noch konsequent gegen Rechte ermittelt.

Das Ausmaß der Gewalt gegen Flüchtlinge hängt auch mit der Art der Unterbringung zusammen. Das Leben in großen Lagern separiert Geflüchtete vom Rest der Bevölkerung, stigmatisiert sie und macht sie zur Projektionsfläche für Ängste. Die staatlich erzwungenen Parallelgesellschaften der Lager fördern ganz bewusst die Nichtintegration (→ siehe Punkt 12). Denn Kolleg*innen, Nachbar*innen oder Freund*innen können sich querstellen, wenn eine Abschiebung ansteht. Sozialer Ausschluss ist deshalb das Ziel der Lagerunterbringung und das Programm der Großen Koalition, die Flüchtlinge kasernieren lässt (→ siehe Punkt 10).

⁵⁰ Angriffe auf Asylbewerberheime deutlich zurückgegangen, Zeit Online, 12.10.2018, unter: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-10/rassistische-gewalt-angriffe-asylunterkuenfte-sachbeschaedigung-volksverhetzung-zurueckgegangen. ⁵¹ Weniger Angriffe – aber immer noch hohe Zahl, tagesschau.de, 12.8.2018, unter: www.tagesschau.de/inland/angriffe-auf-fluechtlinge-101.html.

Rechte Gewalt

Anzahl der politisch motivierten Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in Deutschland im Jahr 2017 nach Bundesländern (in absoluten Zahlen = Balken; pro 100.000 Einwohner = Dezimalzahl)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Hinweis: Eine umfangreiche Chronik erstellen die Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/chronik-karte>

DAS ASYLRECHT FÖRDERT SEINEN MISSBRAUCH.

Das Problem am Grundrecht auf Asyl ist, «dass es heute zu oft ausgenutzt wird und zu ungesteuerter Migration führt».

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), November 2018⁵²

Verfolgte genießen Schutz. Alle Staaten der Europäischen Union (EU) haben sich darauf verpflichtet. Dieses Recht ist in der Genfer Flüchtlingskonvention festgeschrieben; von dort ist es in das EU-Recht ebenso eingeflossen wie in das der 28 Mitgliedstaaten. In Deutschland hat der einklagbare Rechtsanspruch von politisch Verfolgten auf Asyl sogar Verfassungsrang.

Das Problem: Wie Flüchtlinge dieses Recht in Anspruch nehmen können, steht nirgends. Die Botschaften in den Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen, oder in den Transitregionen nehmen keine Asylanträge an. Sie können nur in der EU gestellt werden. Doch wer in die EU reisen will, um Schutz zu suchen, bekommt kein **Visum**. Und eine legale Möglichkeit, nach Europa zu kommen, um Asyl zu beantragen, existiert nicht. Von Tunis nach Palermo beispielsweise fahren mehrmals wöchentlich Fähren. Ein Ticket gibt es schon für 48 Euro, die Reisenden sind zehn Stunden unterwegs. Es ist eine komfortable Überfahrt. Doch Flüchtlinge mitzunehmen hat die EU den Fährgesellschaften verboten. Gleiches gilt für Flugverbindungen. Fluggesellschaften müssen sonst für die Abschiebekosten aufkommen.

Den meisten Flüchtlingen steht heute deshalb oft nur ein Weg offen: die lebensgefährliche illegale Einreise. 2018 sind dabei 2.297 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Auf deutlich über 30.000 Menschen dürfte sich die Zahl der Toten an den EU-Außengrenzen in den letzten zwei Jahrzehnten summieren.⁵³

Zwischen 2015 und 2017 erhielten 836.000 Personen Schutz vom **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)**, 2018 lag die sogenannte bereinigte Schutzquote bei 50,2 Prozent –

ein im historischen Vergleich hoher Wert.⁵⁴ Und dabei sind die vielen positiven Gerichtsentscheidungen bei Asylklagen noch nicht einmal mit eingerechnet. In einer Zeit, in der das Asylrecht sehr heftigen Angriffen ausgesetzt ist, erhielt also über die Hälfte der Asylantragsteller*innen, deren Fall inhaltlich geprüft wurde, einen Schutzstatus.

Lange war die rigide Entscheidungspraxis des BAMF politische Munition für die, die weniger Flüchtlinge wollten: Die einst hohe Ablehnungsquote von über 90 Prozent galt konservativen Politiker*innen als Beweis dafür, dass vor allem Asylbetrüger*innen unterwegs waren. Heute ist es andersherum: Durch die hohe Schutzquote «verliert auch die verhetzende Parole vom angeblich massenhaften Asylmissbrauch jegliche Grundlage», sagt etwa Ulla Jelpke (DIE LINKE).

Was wird aus der «Obergrenze»?

Die CSU hatte lange Zeit eine Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen pro Jahr gefordert. Hierzu hätte unter anderem das Grundgesetz geändert werden müssen. Jetzt ist im Koalitionsvertrag nur die schwammige Formulierung enthalten, es werde «festgestellt», dass die Zuwanderungszahlen die Spanne von jährlich 180.000 bis 220.000 Menschen «nicht übersteigen werden». 2018 lag die Zahl der Asyl-Erstanträge «nur» bei rund 162.000.⁵⁵ Doch das kann sich schnell ändern.

25

Dublin IV – zurück in den Transit?

Schon seit Längerem versucht die EU, das individuelle Asylrecht durch die Hintertür auszuhebeln. In der geplanten neuen Fassung der Dublin-Verordnung («Dublin IV») ist vorgesehen, dass Asylverfahren aus Europa ausgelagert werden. Bevor ein EU-Staat ein Verfahren einleitet, soll er prüfen müssen, ob ein*e Asylsuchende*r nicht auch in einem Staat außerhalb der EU, etwa in Nordafrika, einen Antrag stellen darf. Wenn ja, soll er oder sie dahin abgeschoben werden.

<https://bordermonitoring.eu/>

<http://beyond-summer15.eu/>

⁵⁴ Pro Asyl: Anerkennungen, Ablehnungen, 1.2.2019, unter: <https://www.proasyl.de/hintergrund/aner-kennungen-ablehnungen-warum-man-die-bereinigte-schutzquote-heranziehen-sollte/> ⁵⁵ BAMF: Asyl-geschäftsstatistik – 11/2018.

DIE FLÜCHTLINGSKRISE OFFENBART EIN POLITIKVERSAGEN.

«Die Bürger leiden darunter, dass die Kanzlerin ihre Aufgaben nicht erledigt hat: Abschiebung, Grenzschutz, beschleunigte Asylverfahren.»

Der Sat1-Moderator Claus Strunz, Februar 2018⁵⁶

Die Klage ist weitverbreitet: Die Politik habe versagt, denn Deutschland schiebe nicht genug ab, Straftäter könnten bleiben, die Grenzen seien zu durchlässig. Doch wer das behauptet, leugnet, dass das Asylrecht seit 2015 erheblich verschärft worden ist. Nach dem sogenannten **Asylkompromiss** 1993 herrschte eine asylpolitische Eiszeit. Die Bestimmungen blieben fast zwei Jahrzehnte unverändert in Kraft, auch das EU-Recht wurde geändert, damit weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Das zeigte Wirkung: Jedes Jahr gingen die Zahlen weiter zurück, bis auf rund 19.000 Asylsuchende im Jahr 2007 – 22 Mal weniger als 1992. Doch führte dies nicht dazu, dass die Wenigen, die kamen, besser behandelt worden wären. Deshalb begannen **Asylbewerber*innen** und Geduldete, sich zu organisieren, um bessere Lebensbedingungen durchzusetzen. Dabei sind Teile der Zivilgesellschaft auf sie aufmerksam geworden, Kontakte sind entstanden. Vor allem gegen Abschiebungen gab es Proteste.

Die breite Öffentlichkeit nahm von den Aktionen der Flüchtlinge kaum Notiz. Der gesellschaftliche Konsens der 1990er Jahre hatte Bestand, die Politik sah keinen Anlass für Gesetzesänderungen. Gegen Ende des letzten Jahrzehnts dann gab es wieder Bewegung: Erste Kommunen begannen, Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen, einige Bundesländer lockerten die **Residenzpflicht** bis zu den Landesgrenzen. Tauwetter setzte ein. Gleichzeitig stiegen die Asylantragszahlen wieder an. 2012 dann brach der Konflikt um Migration und Menschenrechte vollends wieder auf.

Am 18. Juli 2012 entschied das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, dass Geduldeten und Ausreisepflichtigen bei den Sozialleistungen das Existenzminimum nicht vorenthalten werden darf, um Migration abzuwehren.

2013 wurde die generelle Residenzpflicht befristet. Asylbewerber*innen und Geduldete, die seit drei Monaten in Deutschland sind, können sich frei innerhalb des ganzen Landes bewegen. Ausländerbehörden können allerdings auch weiterhin Geduldeten «räumliche Beschränkungen» auferlegen. Wer etwa nicht an seiner Abschiebung mitwirkt, kann weiter der Residenzpflicht unterliegen. Die Frist für das Arbeitsverbot wurde verkürzt, die sogenannte **Vorrangprüfung** wurde für diejenigen Geduldeten und Asylbewerber*innen abgeschafft, die seit 15 Monaten in Deutschland sind. Dann dürfen sie jede Arbeit annehmen, die sie wollen. Das Problem: Ob überhaupt eine Arbeitserlaubnis erteilt wird, liegt weiterhin im Ermessen der Ausländerbehörden. Und viele Geduldete unterliegen einem Arbeitsverbot. Sie haben von der Regelung nichts. Schließlich wurde auch das Primat der Sachleistungen, das vorsieht, Sozialleistungen für Flüchtlinge «vorrangig» als Gutscheine oder Essenspakete auszugeben, zurückgenommen. Die Vergabe fiel damit in den Ermessensspielraum der Kreise und Städte.

Doch die hart erkämpften Lockerungen hatten nicht lange Bestand. Ab dem Herbst 2015 wurden in atemraubender Geschwindigkeit Asylrechtsverschärfungen diskutiert. Die CSU feierte sich selbst für das «schärfste Asylrecht aller Zeiten».⁵⁷

Mit den «Asylpaketen» I und II wurden die Asylverfahren erheblich beschleunigt, die Strafen für Schleuser*innen erhöht, Abschiebungen grundsätzlich nicht mehr angekündigt, Aufnahmezentren zur Verfahrensbeschleunigung für Migrant*innen «ohne Bleibeperspektive» aufgebaut. Der Vorrang von Sach- vor Geldleistungen in Erstaufnahmeeinrichtungen wurde wieder eingeführt, der Leistungsbezug an den Zuweisungsort gebunden, der Familiennachzug für bestimmte Gruppen eingeschränkt und Abschiebung auch von (psychisch und physisch) Kranken erleichtert.

Mit dem «Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht» wurden Flüchtlinge zur Aushändigung ihrer Handys

verpflichtet, sie müssen seither bis zu 24 Monate in den «Aufnahmeeinrichtungen» leben. Die Residenzpflicht wurde wieder für Personen eingeführt, die «Ausreisehindernisse selbst zu vertreten» haben, die Abschiebungshaft gegen «Gefährder» erleichtert und der Ausreisegewahrsam insgesamt verlängert. Seit dem «Integrationsgesetz» kann für anerkannte Flüchtlinge eine Wohnsitzauflage erlassen werden, wie es sie einst bei Spätaussiedlern gab. Eine dauerhafte Niederlassungserlaubnis wird für anerkannte Flüchtlinge an «Integrationsleistungen» gekoppelt. Bei Flüchtlingen mit «guter Bleibeperspektive» verzichtet die Bundesagentur für Arbeit drei Jahre lang in bestimmten Regionen auf die Vorrangprüfung, Leiharbeit ist nun möglich. Eine **Duldung** gilt unter Umständen für die Gesamtdauer einer Ausbildung sowie bei anschließender ausbildungsadäquater Beschäftigung für zwei weitere Jahre. Unternehmen und Betriebe sind verpflichtet, Ausbildungsabbrüche bei den Ausländerbehörden zu melden.

Fast ein Dutzend Gesetze wurden geändert und auch wenn es im «Integrationsgesetz» partielle Verbesserungen gab, hoben vor allem die «Asylpakete» I und II zahlreiche Errungenschaften wieder auf, die nach 2012 eingeführt worden waren. Vielen Änderungen ist eines gemeinsam: Sie gelten nicht für alle Flüchtlinge, sondern betreffen nur bestimmte Gruppen. Es ist so ein Mehr-Klassen-Asylrecht entstanden.

Flüchtlinge mit «guter Bleibeperspektive» (Kriterium: Herkunft aus einem Land, deren Antragsteller*innen zu mehr als 50 Prozent anerkannt werden) etwa dürfen früher Sprachkurse besuchen, sie bekommen Ausbildungsbeihilfen und Unterstützung beim Arbeitsmarkteinstieg.

Besonderen Härten unterworfen hingegen sind Flüchtlinge, die aus sogenannten sicheren Herkunftsländern stammen oder keine Identitätsnachweise haben. Für sie gibt es die Möglichkeit des beschleunigten Asylverfahrens mit begrenzten Widerspruchsmöglichkeiten. Sie müssen länger als andere in zentralen Aufnahmeeinrichtungen bleiben, bekommen dort nur eingeschränkte Sozialleistungen und dürfen nicht arbeiten. Diese Bestimmungen gelten allerdings in den sogenannten AnKER-Zentren für die ersten 18 bis 24 Monate für alle (→ siehe Punkt 12).

Die Gesetzesverschärfungen sehen vor, dass konkret bevorstehende Abschiebungen den Betroffenen nicht mehr angekün-

diget werden dürfen, unter Umständen sogar, wenn sie bereits seit vielen Jahren in Deutschland leben. Dies führt in der Praxis auch dazu, dass Betroffene erst im letzten Moment auf etwaig noch bestehende Abschiebungshindernisse, etwa medizinische Gründe oder familiäre Bindungen, hinweisen können. Und trotzdem sind viele Kritiker*innen von Merkel nicht zufrieden: Sie verweisen drauf, dass die Zahl der Abschiebungen 2018 gesunken ist: Es wurden insgesamt 23.500 Menschen abgeschoben – etwa 460 weniger als im Vorjahr. Für sie ist das der Beleg, dass die Verschärfungen nicht ausreichen. Dabei verkennen sie, dass von den Behörden sehr viele Menschen zu einer vom Bund geförderten «freiwilligen Ausreise» gedrängt werden und diesem Drängen auch nachkommen – 2018 waren dies etwa 16.000.⁵⁸ Und sie verkennen, dass viele Ausreisepflichtige aus praktischen, gesundheitlichen, familiären oder humanitären Gründen gar nicht abgeschoben werden können. Das galt etwa im Juni 2018 für 173.000 der insgesamt 234.000 Ausreisepflichtigen.⁵⁹ Ende 2018 schaltete das Bundesinnenministerium sogar Werbeanzeigen, um Menschen zur Ausreise zu bewegen mit dem Slogan: «Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt.»⁶⁰ Wer geht, noch bevor er oder sie einen Asylantrag gestellt hat, bekommt dafür 1.200 Euro «Rückkehrprämie», wer geht, nachdem der Asylantrag abgelehnt wurde, aber bevor die Ausreisefrist abläuft, bekommt 800 Euro.⁶¹

www.bertelsmann-stiftung.de/index.php?id=5335
www.netzwerk-iq.de/archiv/einwanderung-gestalten/inhalt-highlight/arbeitsmarktintegration-von-fluechtlingen.html
www.dgb-bildungswerk.de/migration/aktuelles

⁵⁸ Es wird seltener abgeschoben, in: Badische Zeitung, 5.2.2019, unter: <http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/es-wird-seltener-abgeschoben--165749430.html>. ⁵⁹ Dummer, Niklas: Wie mit chaotischen Zahlen Flüchtlingspolitik gemacht wird, Zeit Online, 28.8.2018, unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2018-08/abschiebung-bundesregierung-auslaenderzentralregister-zahlen-schutzgesetz. ⁶⁰ Plakatkampagne «Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt», Bundesministerium des Innern, Bau und Heimat, 2018, unter: www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/migration/dein-land-deine-zukunft/dein-land-deine-zukunft.html. ⁶¹ Zahlen bei ION Deutschland, unter: <http://germany.iom.int/de/starthilfeplus>.



DURCH DEN FAMILIENNACHZUG KOMMT NOCH EINE GEWALTIGE ZAHL VON FLÜCHTLINGEN.

«Für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus sehe ich keine Möglichkeit, den Familiennachzug wieder zuzulassen. Das sind nämlich noch einmal 300.000 Personen, die solche Anträge stellen könnten.»

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), Januar 2018⁶²

Der Familiennachzug war lange Zeit ein eher randständiges asylpolitisches Thema, doch er bestimmte 2017 die Koalitionsverhandlungen wie kaum ein anderes. Die Gründe dafür liegen in der Zeit, als die «Balkanroute» nach Deutschland noch offen war. Damals berichtete die *Bild*-Zeitung von einer Berechnung der Innenbehörden, nach der «aufgrund der familiären Strukturen in den Herkunftsstaaten des Nahen Ostens mit einem Familienfaktor von «vier bis acht» zu rechnen war. Das bedeute: Aus den etwa 920.000 Asylbewerber*innen, die für die Zeit von Oktober bis Dezember 2015 erwartet wurden, «könnten durch Familiennachzug bis zu 7,36 Millionen Asylberechtigte werden». Deshalb wurde der Familiennachzug zum Schlüsselthema, mit dem die CSU zeigen wollte, dass sie – und nur sie – die vermeintlich katastrophalen Folgen von Merkels Asylkurs stoppen kann.⁶³

Dazu bedurfte es eines Tricks: Unter dem Eindruck der falschen Millionenprognosen in den Schlagzeilen beschlossen die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD am 5. November 2015, das Recht zum Familiennachzug für Flüchtlinge mit sogenanntem subsidiärem Schutz für zwei Jahre auszusetzen. Ein entsprechendes Gesetz wurde bald darauf verabschiedet. Der Hintergrund ist, dass Flüchtlinge, die unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen, auf jeden Fall das Recht haben, ihre Angehörigen nach-

⁶² Zit. nach: CSU warnt vor Hunderttausenden durch Familiennachzug – das ist wirklich dran, Merkur.de, 17.11.2017 (aktualisiert), unter: www.merkur.de/politik/csu-warnt-vor-hunderttausenden-durch-familien-nachzug-ist-wirklich-dran-zr-9371139.html. ⁶³ Siehe hierzu auch Jakob, Christian: Eine Frage der Ehre, in: die tageszeitung, 19.11.2017, unter: www.taz.de/!5461195; Jakob, Christian: Kampagne mit monströsen Zahlen, in: die tageszeitung, 5.12.2018, unter: www.taz.de/!5553603/.

zuholen. Bei jenen mit subsidiärem Schutz, Schutzstatus für Kriegsflüchtlinge, steht es den Aufnahmeländern aber frei, dieses Recht zu gewähren oder eben nicht. Bis dahin hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Syrer*innen meist als Flüchtlinge nach der Genfer Konvention eingestuft. Mehrheitlich aber bekamen sie meist nur noch subsidiären Schutz – und durften ihre Familien nicht mehr zu sich holen.

2017 etwa betraf dies rund 57 Prozent der syrischen Antragsteller*innen – etwa 49.400 von 85.500 Syrer*innen, denen Schutz zugesprochen wurde. Ursula Gräfin Praschma, die Leiterin der Abteilung «Grundlagen des Asylverfahrens» im BAMF, behauptete später, die plötzliche Neigung ihrer Behörde, Menschen aus Syrien nur noch subsidiären Schutz zu gewähren, komme daher, dass die Antragsteller*innen bei ihren Anhörungen nun andere Geschichten erzählt hätten als jene zuvor. Tatsächlich dürfte das Bundesinnenministerium die neue Zuerkennungspraxis durchgesetzt haben.

So konnte die Familienpartei CSU für sich reklamieren, den weiteren Nachzug von angeblich Millionen weiteren Syrer*innen vorerst verhindert zu haben – ein für sie überaus wichtiger symbolischer Punkt in der Abgrenzung gegen Merkel. Den kann sie heute nicht ohne Gesichtverlust wieder aufgeben.

Im Laufe der Zeit allerdings stellte sich heraus, dass der «Familien-Faktor von vier bis acht» an den Haaren herbeigezogen war. Das BAMF schätzte den Nachzugsfaktor zuletzt auf 0,9 bis 1,2, andere Zahlen weisen darauf hin, dass der Faktor wohl eher bei 0,5 liegt.⁶⁴

Seit August 2018 dürfen nur 1.000 Angehörige pro Monat kommen. Rechnerisch heißt das: Allein von den bis August 2018 wartenden Familien könnten die letzten Angehörigen erst 2021 einreisen. In der Praxis sind die Grenzen noch enger gezogen. Zwischen August und Dezember 2018 wurden 2.612 Visa für Angehörige erteilt. Und auch die Zahl der Anfragen für einen Termin, um ein solches Familienvisum zu bekommen, ist weit geringer als ehemals behauptet: Nur 44.763 Anfragen lagen Ende des Jahres 2018 den deutschen Botschaften vor.⁶⁵

64 Dernbach, Andrea: Bamf korrigiert Einschätzung zum Familiennachzug, in: Der Tagespiegel, 12.10.2017, unter: www.tagesspiegel.de/politik/vor-koalitionsverhandlungen-bamf-korrigiert-einschaetzung-zum-familiennachzug/20446880.html. **65** Bielicki, Jan: Seehofer hat sich grob verschätzt, in: Süddeutsche Zeitung, 5.12.2018, unter: www.sueddeutsche.de/politik/seehofer-familiennachzug-1.4239128.

«Umgefallen» sei die SPD, sagte dazu die LINKEN-Abgeordnete Ulla Jelpke. Tatsächlich wollen Union und SPD also sehr wohl eine Obergrenze – nämlich für das Menschenrecht auf Einheit der Familie.

<http://familienlebenfueralle.net/>

12

MAN DARF FLÜCHTLINGEN, DIE NICHT BLEIBEN DÜRFEN, KEINE FALSCHEN HOFFUNGEN MACHEN.

«Weniger Fehlanreize für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive»

CDU/CSU: «Flüchtlingspolitik: Fragen und Antworten»,
Februar 2016

33

Die Große Koalition hat sich vorgenommen, alle neu Ankommenden in «Entscheidungs- und Rückführungszentren» nach dem Vorbild etwa von Manching und Bamberg in Bayern zu stecken. Die dort «Transitzentren» genannten Lager sind eine Erfindung der CSU. Sie wurden 2016 errichtet, um Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern oder mit «schlechter Bleibeperspektive» zu kasernieren. Die Bedingungen in den Transitzentren sind erheblich schlechter als für alle anderen Asylbewerber*innen: Arbeiten ist komplett verboten, statt Geld gibt es Sachleistungen, die Residenzpflicht gilt verschärft, Kinder werden halbherzig in Lagerschulen unterrichtet – eine Klasse für Grundschüler*innen jeden Alters, eine Klasse für den ganzen Rest. Unterstützung von außen, Transparenz und soziale Beziehungen sind unerwünscht, ebenso externe Rechtsberatung.

Nach diesem Vorbild wurden in vielen Bundesländern die Erstaufnahmeeinrichtungen in Lager mit dem Namen AnKER umgewandelt: wohl eine Abkürzung für Ankunft, Entscheidung, Rückführung. Die Lager verlassen dürfen dann nur noch zwei Gruppen: anerkannte Flüchtlinge und solche, deren Antrag wahrscheinlich Erfolg hat; die Verweildauer in den Anker-Zentren kann bis zu 18 Monaten betragen.

Im zweiten Quartal 2018 lag der Schnitt für die Verfahrensdauer bei 7,3 Monaten. Wenn Asylsuchende gegen eine Ablehnung vor Gericht klagen, kann das Verfahren aber erheblich länger dauern – Ende September 2018 waren etwa 323.000 Klagen bei Verwaltungsgerichten anhängig. Gleichwohl wird die Zahl der Flüchtlinge, die noch während des Verfahrens in die Kommunen umverteilt werden, stark sinken. Die Kasernierung in Lagern wird der Regelfall – und Integration so erheblich verzögert, was vor allem Kindern wertvolle Zeit kosten wird.

Keine Arbeit und keine sozialen Bindungen außerhalb der Lager: Es ist ein Programm der totalen Anti-Integration. Solche Lager unterlaufen ganz gezielt alle Bemühungen um zivilgesellschaftliche Willkommenskultur. Sie stigmatisieren die Insassen und erschweren das Ankommen nachhaltig. Die Separation in den kasernenartigen Großlagern ist der beste Weg, Menschen daran zu hindern, hier sesshaft zu werden.

No Lager!

34

Nicht im Lager leben zu müssen ist seit vielen Jahren eine der wichtigsten Forderungen der Flüchtlingsbewegung. In den Gemeinschaftsunterkünften teilen sich bis zu fünf einander fremde Erwachsene ein Zimmer. In manchen Bundesländern werden Mindeststandards für die Flächen gesetzt, zum Beispiel in Hessen. Als Wohnfläche sind dort pro Person «6 qm zuzüglich 3 qm Bewegungsfläche» vorgeschrieben. Als «Bewegungsfläche» gelten Aufenthaltsräume, Küchen, Bäder und Flure.

Gefährlich ...

Auch Menschenrechtsorganisationen und Ärzt*innen kritisieren die Verhältnisse in den Gemeinschaftsunterkünften: «Bedürfnisse von Einzelpersonen oder Familien nach Wohnraum, Privatsphäre und Gemeinschaftsräumen finden keine Berücksichtigung», schreibt das Deutsche Institut für Menschenrechte. Der Medizinprofessor August Stich leitet das Ärzteteam in einer Sammelunterkunft in Würzburg, in der sich in der Vergangenheit Bewohner getötet oder verletzt haben. Die Unterkünfte seien «ein System, das strukturelle Gewalt ausübt», sagt er. Die Gruppe Women in Exile weist auf besondere Schwierigkeiten von Frauen in Lagern hin: Diese seien Übergriffen von anderen Bewohnern, von Partnern, aber auch von Personal schutzlos ausgeliefert, nicht zuletzt, weil es etwa geteilte Badezim-

mer und Toiletten gibt. Die Lager «begünstigen als Orte eines extrem fremdbestimmten Alltags sexuelle Gewalt oder Ausbeutung». ⁶⁶ Immer wieder gab es Übergriffe des Personals auf Bewohner*innen von Flüchtlingslagern. Auch der Mitteldeutsche Rundfunk hat dazu recherchiert und berichtet von «verstörenden Taten». ⁶⁷ Hinzu kommt, dass als Wachleute teils Angehörige der rechten Szene, die oft als Türsteher arbeiten, in den Heimen eingesetzt werden.

... teuer ...

Die Details der Verträge mit den Heimbetreiber*innen werden fast immer geheim gehalten. Nur manchmal werden Summen bekannt. 2014 konnte Pro Asyl die Kosten von Wohnungen und Sammelunterkünften in 18 Landkreisen miteinander vergleichen. Wohnungen waren demnach für die Kommunen in zwölf Landkreisen billiger, teils waren sie nur halb so teuer wie ein Heimplatz. 2007 habe ein Platz in einer Münchner Sammelunterkunft 683 Euro monatlich pro Person gekostet, gab der damalige Sozialreferent an. Dies sei «eindeutig die teuerste Lösung».

35

... und stigmatisierend

Flüchtlinge in Sammelunterkünften unterzubringen war und ist eine bewusste politische Entscheidung. Sie wird getroffen, auch wenn es andere Möglichkeiten gibt, die sogar günstiger wären. Die Politik versucht auf diese Weise, jedes Sesshaftwerden und jede Integration zu verhindern – denn je eher Flüchtlinge soziale Beziehungen knüpfen, desto schwieriger wird es, sie wieder abzuschieben. Die Geflüchteten sollen der Mehrheitsgesellschaft fremd bleiben. Die Unterdrückung sozialer Beziehungen ist Instrument der Asylpolitik.

Keine Anreize

Die Union argumentiert, es sei richtig, Flüchtlingen, die vermutlich wieder ausreisen müssen, viele Rechte vorzuenthalten und so ihre Integration zu behindern – sie würden schließlich ohnehin abgeschoben. Und wenn man ihnen so lange keine falschen Anreize biete zu bleiben, würden sie umso eher ausreisen.

⁶⁶ Women in Exile: Frauen in brandenburgischen Flüchtlingslagern, Potsdam 2015, unter: <https://www.women-in-exile.net/wp-content/uploads/2015/12/Brosch%C3%BCre-klein.compressed-1.pdf>. ⁶⁷ Gewalt durch Betreuer im Flüchtlingsheim, mdr.de, 31.1.2018, unter: www.mdr.de/investigativ/exakt-unterbringung-gewalt-gegen-fluechtlinge-100.html.

Doch das ist in mehrfacher Hinsicht nicht richtig. Zum einen kommen aus Gründen der allgemeinen Abschreckung auch Flüchtlinge mit «besseren» Bleibeperspektiven zunächst in die Lager. Die durchaus erfolgreichen Bemühungen der letzten Jahre um frühzeitige Integrationshilfe werden so teils zunichte gemacht. Zum anderen hat die Erfahrung gezeigt, dass jene, deren Bleibeperspektive der Staat als «gering» ansetzt, um ihnen Rechte vorzuenthalten, am Ende keineswegs alle wirklich abgeschoben werden können oder freiwillig ausreisen. Stattdessen entsteht ein wachsendes Milieu Langzeit-Geduldeter in einem rechtlichen und sozialen Niemandsland. Die jüngste Statistik zu den massenhaften Klagen gegen Asylbescheide hat gezeigt, dass knapp ein Drittel aller Urteile zugunsten der Asylbewerber*innen ausgehen. Das Diktum «schlechte Bleibeperspektive» nutzt der Staat ganz offensichtlich gegen die Flüchtlinge.

Schon seit den 1990er Jahren hatte der Staat versucht, Flüchtlinge, die er nicht abschieben konnte, in einen Zustand hochgradiger rechtlicher Prekarität zu versetzen, in der trügerischen Hoffnung, sie würden irgendwann entnervt von allein verschwinden. Gegen alle Grundsätze sparsamer Haushaltsführung wurden so Hunderttausende arbeitswillige und fähige Menschen in den reduzierten Sozialleistungsbezug gezwungen. Heute gehören bei den Arbeitsmarkt-Beratungsstellen für Migrant*innen oft die Menschen, die lange Phasen der Duldung hinter sich haben, zu den wirklich hoffnungslosen Fällen: Wer über Jahre von Sprachkursen, Nachqualifizierung und Berufspraxis ausgeschlossen ist, bleibt irgendwann chancenlos.

In den letzten Jahren wurde zunehmend erkannt, wie absurd die Verweigerung wirtschaftlicher und sozialer Rechte für Flüchtlinge war. Die Institutionen sind ein Stück weit von dieser Linie abgerückt. Doch nun droht sich dieser Fehler zu wiederholen. Dabei ist die Lehre aus der Vergangenheit: Die Menschen gehen nicht zurück, nur weil man sie an der Integration hindert. Wer mit dieser Methode Migrationspolitik machen will, wird wieder nur Langzeitarbeitslose produzieren, diesmal aber in einer ganz anderen Dimension.

www.aktionbleiberecht.de

www.fluechtlingsrat-bayern.de/

www.nds-fluerat.org/

www.proasyl.de

VIELE JUNGE MÄNNER SIND NUR WIRTSCHAFTSFLÜCHTLINGE, DIE GAR NICHT VERFOLGT WERDEN.

«Die jungen Kerle sind das Problem.»

Der Kriminologe Christian Pfeiffer, Januar 2018⁶⁸

Es stimmt, dass unter den Asylbewerber*innen junge Männer in der Mehrzahl sind. 2018 stellten 161.931 Menschen in Deutschland einen ersten Asylantrag. Davon waren 91.854 männlich (56,7 Prozent). Davon waren aber die meisten Kinder. Nur 39.646 (24,5 Prozent) waren im «Alleinstehenden»-Alter von 16 bis 35.⁶⁹ Diese Gruppe hat einen schlechten Ruf. Mal wird ihnen vorgeworfen, dass sie «ihre Familie nicht hätten im Stich lassen dürfen»; dann heißt es, sie seien ja «nur gekommen, um dann noch ihre ganze Familie nachzuholen». Mal wird ihnen nahegelegt, sie müssten zurück, um «ihr Land wiederaufzubauen» oder um «für ihr Land zu kämpfen», ein andermal vorgehalten, sie seien gar nicht verfolgt und nur gekommen, um zu arbeiten. Schließlich stehen sie im Verdacht, öfter kriminell und sexuell übergriffig zu sein (→ siehe Punkte 5 und 6). Die Ablehnung geht so weit, dass ein Abgeordneter gar eine «Frauenquote» von 50 Prozent bei der Einreise an der Grenze verlangte.⁷⁰

Tatsächlich ist es aus Sicht von Flüchtlingen und Arbeitsmigrant*innen und ihren Familien völlig rational, dass sich vor allem junge Männer auf den Weg machen. Das hat viele Gründe: Die Flucht für eine Person ist erheblich billiger als für eine ganze Familie. Der Weg etwa über das Meer, durch die Wüste oder auch über eine strapaziöse Landroute ist für einen allein reisenden Mann besser zu bewältigen, als wenn Frau und Kinder dabei sind. Die Überlegung, dass der Mann vorgeht und später die Familie nachholt, ist deshalb sinnvoll.

Männer werden eher zum Kriegsdienst eingezogen und müs-

⁶⁸ «Die jungen Kerle sind das Problem». Interview mit Christian Pfeiffer, ntv, 3.1.2018, unter: www.n-tv.de/politik/Die-jungen-Kerle-sind-das-Problem-article20212327.html. ⁶⁹ BAMF: Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe Dezember 2018. ⁷⁰ CDU-Politiker fordert Geschlechterquote für Flüchtlinge, Zeit Online, 23.2.2017, unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2017-02/asyl-fluechtlinge-geschlechterquote-kai-wegner-kritik.

sen auch als Zivilisten eher fürchten, bei kriegerischen Auseinandersetzungen getötet zu werden, wenn sie im «wehrfähigen Alter» sind. Dass vielen Männern nun verboten wurde, ihre Familie nach Deutschland nachzuholen, kann ihnen nur in einer böswilligen Verdrehung der Tatsachen als «die Familie im Stich lassen» ausgelegt werden.

Ähnliches gilt für Arbeitsmigranten. Auch für sie ist die Reise teuer, sie kann oft nur als Investition einer ganzen Familie bezahlt werden. Männern wird eher zugetraut, den strapaziösen Weg zu bewältigen. Frauen sind auf dem Weg öfter sexualisierter Gewalt ausgesetzt und werden eher beraubt. Schließlich ist es für Männer leichter, im informellen Sektor eine Arbeit zu finden als für Frauen, zudem werden sie in der Regel besser (wenngleich sehr niedrig) bezahlt.

Ein Teil der Ablehnung junger Männer als Flüchtlingsgruppe speist sich aus der Annahme, unter ihnen seien besonders viele «Wirtschaftsflüchtlinge». Tatsächlich gibt es unter den Menschen, die in Deutschland und Europa einen Asylantrag stellen, auch viele Arbeitsmigrant*innen. Sie sind aber eine Minderheit, wie die hohe Schutzquote (→ siehe Punkt 9) zeigt. Gleichwohl ist es ein Problem, dass es seit langer Zeit kaum Möglichkeiten gibt, zur Arbeitssuche nach Europa zu kommen (von wenigen Ausnahmen etwa für Hochqualifizierte abgesehen). Der einzige Weg ist ein Asylantrag. Statt jedoch legale Einwanderungsmöglichkeiten für Drittstaatler*innen zu schaffen, wird über «offenkundigen Asylmissbrauch» geklagt. Gleichzeitig werden irreguläre Arbeitsmigrant*innen auf diese Weise, vor allem in Südeuropa, häufig in ausbeuterische Beschäftigungsformen – etwa auf dem Bau oder in der Landwirtschaft – gedrängt. So nutzt die Wirtschaft die rechtliche Prekarität der migrantischen Arbeiter*innen zusätzlich aus.

<http://isdonline.de/>

www.aufstehen-gegen-rassismus.de/



MIGRATION BELASTET DIE SOZIALSYSTEME.

«Wir werden uns gegen Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme wehren - bis zur letzten Patrone.»

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU),
März 2011⁷¹

Eines der häufigsten Argumente, die gegen Einwanderung und Flüchtlinge vorgebracht werden, ist, dass diese unsere Sozialsysteme belasten. Der Einwand war jedoch vor allem in der Union umso schwerer aufrechtzuhalten, je deutlicher die Wirtschaftslobby auf Zuwanderung pochte und entpuppte sich so immer deutlicher als ideologisch motiviert. Denn aus rein demografischen Gründen gehen dem deutschen Arbeitsmarkt derzeit jedes Jahr über 300.000 Arbeitskräfte verloren: So viele Menschen gehen mehr in Rente, als aus dem Bildungssystem nachkommen.

Die hohe Zuwanderung in den vergangenen Jahren – zunächst vor allem als Folge der EU-Freizügigkeit sowie der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa, dann durch die Flüchtlingsmigration – hat die demografische Schrumpfung ausgeglichen und diesen Effekt vorübergehend verdeckt. 2018 sind etwa eine halbe Million Menschen mehr ein- als ausgereist. Wirtschaftsverbände fordern, dass diese Entwicklung anhält.⁷² Denn die deutsche Wirtschaft wächst und hat einen entsprechend größeren Bedarf an Arbeitskräften, aber die Zuwanderung aus der EU lässt langsam nach, und die Verrentung von Beschäftigten nimmt noch zu. Dass immer mehr Frauen erwerbstätig sind, viele Menschen später in Rente gehen und Arbeitslosigkeit stärker abgebaut wird, diese Entwicklungen allein können den Demografieeffekt nicht stoppen.

Rente- und Krankenversicherung sind in der jetzigen, beitragsfinanzierten Form nicht zu halten, wenn die Beschäftigung über einen langen Zeitraum sinkt. Nur bei einer Netto-Zuwanderung

⁷¹ Horst Seehofer – «bis zur letzten Patrone», 9.3.2011, unter: www.youtube.com/watch?v=eJFHiJbYjEY.

⁷² Nach Angaben des Statistisches Bundesamtes, unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Wanderungen/Tabellen/WanderungenAlle.html>.

von 400.000 Menschen pro Jahr bliebe das Arbeitskräfteangebot konstant, hat das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung errechnet. Die Bertelsmann-Stiftung beziffert den Bedarf auf 260.000 Menschen im Jahr – und zwar jedes Jahr bis 2060. Davon müssten knapp 150.000 aus Ländern außerhalb der EU kommen.⁷³ Kurzum: Wer kein anderes Sozialstaatsmodell einführen will, muss Zuwanderung sichern. Und natürlich wandern die Menschen dann auch «in die Sozialsysteme» ein – sie arbeiten, zahlen Beiträge und kassieren später ihre verdiente Rente. Wie sollte es sonst sein? Einwanderung hat immer auch Einwanderung in die Sozialsysteme zu sein.

Die Frage ist, wie schnell Flüchtlinge es schaffen, eine sozialversicherte Arbeit zu finden. In der Vergangenheit war es so: Im ersten Jahr nach Ankunft fanden weniger als zehn Prozent der Flüchtlinge einen Job, nach drei Jahren waren etwa 40 Prozent untergekommen, nach fünf Jahren die Hälfte, nach 13 Jahren 70 Prozent. Das war in einer Zeit, in der Flüchtlingen vielfach verboten war zu arbeiten und es relativ wenig Unterstützung in Form von Sprachkursen, Anpassungsqualifizierung oder der Anerkennung von Qualifikationen gab. Gleichzeitig kamen damals vergleichsweise wenige Flüchtlinge in Deutschland an.

Ab 2015 wurde das Angebot zur Förderung des Berufseinstiegs stark ausgebaut. Nun scheint es so zu sein, dass die Geflüchteten durchschnittlich etwas schneller eine Beschäftigung finden, was angesichts der hohen Zahl von Ankünften ein Erfolg ist: Im Herbst 2017 sagte der Direktor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, er sei «optimistisch, dass mehr als 50 Prozent der Geflohenen in den nächsten fünf Jahren Arbeit haben werden». Es gebe «über eine Million offene Jobs in Deutschland, und der Bedarf an Arbeitskräften wird durch die demografische Wende noch deutlich zunehmen». Denn viele Stellen können aus unterschiedlichsten Gründen nicht mit Menschen besetzt werden, die bereits in Deutschland leben.

Und wie sieht es mit der Lohnkonkurrenz durch die Flüchtlinge aus, vor der sich viele Menschen fürchten? Darauf gibt es vor allem eine Antwort: gleiche Entlohnung für alle – und ein auskömmlicher Mindestlohn. Wenn dies durchgesetzt wird, muss sich niemand wegen Lohndrückerei durch Migration Sorgen machen.

73 Vgl. Fuchs, Johann/Kubis, Alexander/Schneider, Lutz: Zuwanderung und Digitalisierung. Wie viel Migration aus Drittstaaten braucht der deutsche Arbeitsmarkt künftig?, Gütersloh 2019.

Auch die Bundesagentur für Arbeit ist optimistisch: Im Dezember 2018 hatten über 361.000 Menschen aus den acht Hauptasylländern einen Job gefunden,⁷⁴ etwa 150.000 mehr als im Mai 2017. Im Januar 2019 waren 454.000 Flüchtlinge als arbeitssuchend gemeldet⁷⁵ – darunter allerdings auch solche, die einen Integrations- und Sprachkurs absolvieren. Arbeitslos gemeldet waren 187.000 Flüchtlinge. Die Zahl ist seit Monaten relativ konstant. Ohne die Flüchtlingszuwanderung würde die Zahl der Erwerbspersonen kaum noch wachsen. Die Bundesagentur warnt deshalb vor Arbeitskräftemangel, wenn Deutschland nicht mehr für die Zuwanderung tue.

www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/fluechtlingshilfe/aktivitaeten/
www.unteilbar.org/

15

42

DURCH DIE FLÜCHTLINGE GIBT ES NOCH WENIGER BEZAHLBARE WOHNUNGEN.

«Die Flüchtlingskrise hat alles verändert und verschärft die Wohnungskrise.»

Markus Gruhn, Landesvorstand Berlin Ring Deutscher Makler, Januar 2018⁷⁶

In immer mehr Großstädten machen Menschen dieselbe Erfahrung: Erschwinglicher Wohnraum ist kaum noch zu finden. Selbst Menschen, die seit Langem in innerstädtischen Quartieren leben, werden durch steigende Mieten verdrängt. Der Staat hat praktisch nichts gegen dieses Problem unternommen – und jetzt kommen auch noch die Flüchtlinge hinzu?

⁷⁴ Gensing, Patricl: Keine «Märchenstunde» über Flüchtlinge, tagesschau.de, 17.12.2018, unter: <https://faktenfinder.tagesschau.de/inland/kramer-fluechtlige-arbeitsplaetze-101.html>. ⁷⁵ Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit, unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_32022/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=1095966&year_month=201901&year_month.GROUP=1&search=Suchen ⁷⁶ Zit. nach: Fabricius, Michael: «Die Flüchtlingskrise hat alles verändert», in: Die Welt, 14.1.2018, unter: www.welt.de/finanzen/immobilien/article172460804/Wohnungsmarkt-Die-Fluechtlingskrise-hat-alles-veraendert.html.

Tatsächlich gibt es ein Spannungsverhältnis zwischen dem Wunsch vieler Migrant*innen nach einem Leben in Ballungsgebieten, in denen es kulturell pluraler zugeht, und dem Mangel an günstigem Wohnraum an vielen dieser Orte.

Es gibt zu wenige Wohnungen für alle

Es rächt sich jetzt, dass Bund und Länder den sozialen Wohnungsbau in den 1980er Jahren weitgehend aufgegeben haben. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften fielen der Privatisierung zum Opfer, allein 2017 sind 46.000 Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen.⁷⁷

Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft müssten bis 2020 jährlich 400.000 Wohnungen gebaut werden, rund ein Viertel davon, um die Nachfrage von Asylberechtigten zu decken. 2018 waren es etwa 300.000.⁷⁸ Doch das nutzt wenig: Die meisten davon sind sehr teuer, die wenigsten sind für Wohnungssuchende erschwinglich. 2017 sind gut 26.000 Sozialwohnungen entstanden, gebraucht wurden 80.000 bis 100.000. Das Problem betrifft alle Gering- und Mittelverdiener*innen. Für Flüchtlinge verschärft sich die Wohnungssuche noch aus mehreren Gründen. Zum einen ist es für sie wegen der Unterstützung durch Landsleute oft besonders wichtig, in großen Städten zu leben, in denen die Mieten jedoch stärker steigen als auf dem Land. Vermieter*innen geben freie Wohnungen oft nicht an Ausländer*innen. Und Geflüchteten steht in der Regel ein geringeres Einkommen zur Verfügung.

Trotzdem muss das Wohnungsproblem für alle gemeinsam gelöst werden. Die IG BAU und die Wohnungswirtschaft fordern deshalb ein öffentliches Investitionsprogramm und bessere Abschreibungsmöglichkeiten. So soll nicht nur in Häuser für Flüchtlinge, sondern insgesamt in dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum investiert werden. Forscher*innen wie der Stadtsoziologe Andrej Holm fordern, mehr Einheiten in öffentlicher, aber auch in privater Hand mit «Belegungsbindungen» zu versehen – also festzuschreiben, dass sie zu entsprechenden Mieten an Geringverdiener*innen vermietet werden müssen.

⁷⁷ Zahl der Sozialwohnungen sinkt weiter, Bündnis 90/Die Grünen, 6.8.2018, unter: <https://www.gruene-bundestag.de/bauen-wohnen-stadtentwicklung/zahl-der-sozialwohnungen-sinkt-weiter.html>. ⁷⁸ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/39008/umfrage/baufertigstellungen-von-wohnungen-in-deutschland/>.

Freie Wohnortwahl

Seit 2016 gibt es eine Regelung, nach der auch anerkannten Asylbewerber*innen auferlegt werden kann, drei Jahre in dem Bundesland wohnen zu bleiben, in dem sie ihr Verfahren durchlaufen haben (→ siehe Punkt 10). Sie ist allerdings bis August 2019 befristet, weshalb gerade große Städte befürchten, dass viele Flüchtlinge dann dorthin umziehen wollen. Mit Verweis auf die Wohnungskrise fordern sie nun eine Verlängerung der Regelung.

Doch anerkannte Flüchtlinge, die in eine beliebte Stadt ziehen, tun dies nicht zu besseren Bedingungen als andere. Die Kommunen müssen sie ja nicht mehr unterbringen außer, in Notfällen, in Obdachlosenunterkünften. Sie haben jetzt Anspruch auf reguläre Sozialleistungen und könnten sich theoretisch an einem Ort ihrer Wahl niederlassen – wenn sie denn genug verdienen oder mit ihrem ALG II etwas finden. Denn sie konkurrieren jetzt mit den Deutschen um den viel zu knappen günstigen Wohnraum. Es ist sehr schwer, jemanden zu finden, der Flüchtlingen eine Wohnung vermietet. Wenn dies gelingt – warum sollen sie sie nicht beziehen dürfen? Ihnen zu verbieten, sich ihren Lebensmittelpunkt frei auszusuchen, ist ein schwerwiegender Grundrechtseingriff. Tatsächlich behindert eine Wohnsitzauflage die Integration eher: Denn natürlich ziehen Menschen, wenn sie die Wahl haben, dahin, wo sie soziale Netzwerke oder Aussicht auf Arbeit haben.

Kulturell geprägte Communitys können auch als Reichtum verstanden werden, statt sie als Parallelgesellschaften zu diffamieren. Dass diese oft ärmer sind und entsprechende soziale Spannungen perpetuieren, ist nicht kulturell begründet, sondern Ausdruck einer ungleichen Chancenverteilung und einer verfehlten Integrationspolitik. Dies gilt in gleichem Maße für verarmte deutsche Stadtteile und Milieus. Auch hier bedarf es einer ökonomischen und bildungspolitischen Integration. Diese kann nur durch eine sozial gerechte Politik gelingen und nicht durch ein gegenseitiges Ausspielen der besitzlosen Menschen in diesem Land.

www.ggua.de

<https://kottiundco.net/>

www.dwenteignen.de/

FÜR ASYLBEWERBER IST PLÖTZLICH GELD DA!

«Merkels «Wir schaffen das» kostet über 20 Milliarden Euro - pro Jahr»

Bild-Zeitung, Juli 2016⁷⁹

Wer dagegen ist, dass Deutschland Flüchtlinge aufnimmt, argumentiert in der Regel auch mit dem Geld: Die Flüchtlinge würden die Deutschen ein Vermögen kosten, wird behauptet. Tatsächlich profitieren durch die gute wirtschaftliche Lage alle auch finanziell von den Flüchtlingsausgaben.

Derzeit leben rund 1,7 Millionen Geflüchtete in Deutschland. Die Bundesregierung gibt die Gesamtausgaben für die Versorgung und Verwaltung der Geflüchteten im Inland sowie für «Fluchtursachenbekämpfung» für 2017 und 2018 mit rund 28 Milliarden Euro an. Das sind 14 Milliarden pro Jahr,⁸⁰ etwa 4,1 Prozent der Bundesausgaben von 337 Milliarden Euro.⁸¹ Pro Flüchtling wären dies theoretisch ungefähr 8.176 Euro im Jahr oder 681 Euro pro Monat. Ausgezahlt wird den Flüchtlingen freilich nur eine Summe von 120 bis 354 Euro im Monat, der Rest geht überwiegend an Firmen, die zum Beispiel die Unterkünfte betreiben.

Doch das Geld ist da: Der Bund hat derzeit hohe Steuereinnahmen, sodass er für die Flüchtlingsausgaben keine Schulden machen muss. Und das Geld, das er ausgibt, verschwindet nicht aus dem Wirtschaftskreislauf, sondern wird praktisch vollständig im Inland ausgegeben. Dort wirkt es wie ein Konjunkturprogramm. Das arbeitgebernahe Kölner Institut der deutschen Wirtschaft schätzt, dass die Wirtschaftsleistung durch die Flüchtlinge 2017 um 0,4 Prozent zusätzlich gewachsen ist, bis 2020 könnte sich dieser Effekt auf knapp ein Prozent jährlich er-

⁷⁹ Kleine, R. u.a.: Das kostet «Wir schaffen das», in: Bild-Zeitung, 29.7.2016, unter: www.bild.de/politik/inland/angela-merkel/integration-sicherheit-abschiebung-47056398,var=x,view=conversionToLogin.bild.html. ⁸⁰ Bundesministerium der Finanzen: Flüchtlingsbezogene Belastungen des Bundeshaushalts 2017 bis 2022, 29.10.2018, unter: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Fluechtlingshilfe/18-10-19-asylbedingte-belastungen.html;jsessionid=4F41D7B1E4504FB84376FA8F39971EDF>. ⁸¹ Bundesministerium der Finanzen: Bundeshaushalt 2018, Pressemitteilung, 28.6.2017, unter: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2017/06/2017-06-28-PM20-bundeshaushalt-2018.html>.

höhen.⁸² Insgesamt ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2018 um etwa 1,8 Prozent gewachsen.⁸³

Der Aufschwung drückt die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. 2018 waren bei der Bundesagentur für Arbeit durchschnittlich 2,34 Millionen Frauen und Männer ohne Job registriert. Trotz starker Zuwanderung aus den EU-Ländern und der Flüchtlingsmigration waren dies 190.000 weniger als 2017, die Quote sank um 0,5 Punkte auf 5,2 Prozent.⁸⁴

Wenn den öffentlichen Haushalten Geld für soziale Ausgaben fehlt, liegt das nicht an den Flüchtlingen. Auf's Ganze gesehen entstehen durch die Flüchtlinge zwar hohe Kosten, die Volkswirtschaft insgesamt profitiert davon aber auf vielen Ebenen. Bund und Kommunen zahlen zunächst; Gewinne werden privat eingestrichen, ein Teil kommt dann aber über Steuern zurück in die öffentlichen Kassen. Mittelfristig ist die Zuwanderung für den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherung als sehr positiv anzusehen (→ siehe auch Punkt 15).

www.dgb-bildungswerk.de/migration/aktuelles

⁸² dpa: Studie: mehr Wachstum durch Flüchtlinge, Süddeutsche.de, 15.1.2017, unter: www.sueddeutsche.de/news/wirtschaft/konjunktur-studie-mehr-wirtschaftswachstum-durch-fluechtlinge-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170115-99-880039. ⁸³ Entwicklung des BIP in Deutschland von 2008 bis 2017 und Prognose des DIW bis 2019, Statista, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74644/umfrage/prognose-zur-entwicklung-des-bip-in-deutschland/>. ⁸⁴ Angaben nach statista.de, unter: Arbeitslosenzahl in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2004 bis 2019, Statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1223/umfrage/arbeitslosenzahl-in-deutschland-jahresdurchschnittswerte/>.

UNGARN NIMMT AUCH KEINE FLÜCHTLINGE - WARUM SOLLTEN WIR?

«Das europäische Asylsystem muss endlich auch solidarisch sein, gerade auch was die faire Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU angeht.»

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Februar 2018⁸⁵

Die von Deutschland miterdachte Dublin-Regelung hat dafür gesorgt, dass Flüchtlinge ertrunken, erstickt, erfroren, eingesperrt, misshandelt, zurückgewiesen, abgeschoben und Familien auseinandergerissen wurden, dass Staaten überfordert waren und die EU insgesamt in Gefahr ist.

Seit 2003 regelt die Dublin-Verordnung die Zuständigkeit der EU-Staaten bei Asylverfahren. Ihr ursprüngliches Ziel war es, sicherzustellen, dass es in Europa keine Flüchtlinge gibt, die zwischen den Staaten hin- und hergeschoben werden, ohne dass jemand für sie die Verantwortung übernimmt – sogenannte **«refugees in orbit»**. Das ist an sich ein sinnvolles Ziel. Die Verordnung legt fest, dass in der Regel der Staat für einen Flüchtling zuständig ist, über den dieser in die EU eingereist ist. Diese Regelung kommt theoretisch vor allem den großen Ländern im Zentrum Europas zugute – und wurde deshalb auch von ihnen durchgesetzt. Maßgeblich beteiligt daran waren die damalige rot-grüne Bundesregierung und ihr Innenminister Otto Schily (SPD). Die Länder an den Außengrenzen sind von dieser Regelung massiv benachteiligt.

47

Wie funktioniert das?

Flüchtlinge, die einen EU-Staat betreten, werden von der Polizei registriert. Danach können sie theoretisch nur dort einen Asylantrag stellen. Um das zu kontrollieren, werden Fingerabdrücke gemacht und in einer zentralen Datenbank namens EURODAC gespeichert. Wer trotzdem weiterreist, etwa nach Deutschland oder Schweden, tut dies unerlaubt und kann von den Behörden in diesen Ländern wieder zurückgeschickt werden.

⁸⁵ Zit. nach: Merkel ermahnt die EU-Länder, in: Merkur.de, 22.2.2018, unter: www.merkur.de/politik/merkel-ermahnt-eu-laender-wer-keine-fluechtlinge-aufnimmt-zr-9636033.html.

Wie kommen Flüchtlinge dann trotzdem nach Deutschland?

Im Laufe des letzten Jahrzehnts sind die Flüchtlingszahlen stark gestiegen. Immer mehr Flüchtlinge kamen über den See- oder Landweg – und somit in den an den Außengrenzen gelegenen Staaten an. Diese mussten sich wegen der Dublin-Regel allein um sie kümmern – und taten es nicht. Eine angemessene Infrastruktur fehlte und war politisch von den Regierungen auch nicht gewollt. Um die Flüchtlingszahlen zu drücken, setzten Länder wie Italien, Malta und Griechenland deshalb vor allem darauf, Flüchtlinge schlecht zu behandeln: durch Internierung und unzureichende Versorgung. Viele Geflüchtete haben diese Länder deshalb wieder verlassen, etwa Richtung Deutschland oder Skandinavien.

Rücknahme verweigert

Länder wie Deutschland haben zunächst versucht, die Flüchtlinge wieder in die Außengrenzen-Staaten zurückzuschieben, wie es das **Dublin-System** vorsieht. Das hat aber nicht gut funktioniert: Zum einen waren die Aufnahmebedingungen so schlecht, dass Gerichte Abschiebungen etwa nach Griechenland, später auch nach Ungarn und Italien immer wieder verboten haben. Zum anderen haben die betroffenen Länder nur sehr unwillig bei der Rücknahme kooperiert. Die Folge waren exzessive Inhaftierung, chaotische und völlig unzumutbare Zustände in Ländern wie Griechenland, eine riesige Zahl von Flüchtlingen, die irregulär – und oft erneut mit Schleppern – durch Europa reisten, ohne dass ihre Asylverfahren entschieden wurden. Die EU erhöhte den Druck auf die Länder an den Außengrenzen, diesen Zustand zu beenden und die Geflüchteten bei sich zu behalten. Die großen EU-Staaten wollten trotz massiver Beschwerden aus Ländern wie Italien und Griechenland unbedingt an dem Dublin-Prinzip festhalten.

Verteilung gescheitert

Fast ein halbes Jahr brauchte die EU 2015, um eine Notlösung in Sachen Flüchtlingsverteilung zu beschließen. Doch die Entscheidung, den am stärksten betroffenen Ländern Italien und Griechenland auch nur einen kleinen Teil ihrer Last abzunehmen, war manchen schon zu viel: Ungarn und die Slowakei klagten gegen den Verteilmechanismus. Sie verloren – und wollen trotzdem keine Flüchtlinge aufnehmen.

Dabei kann man Ungarn und der Slowakei noch zugutehalten, dass sie wenigstens ehrlich waren. Sieben andere Staaten haben nicht geklagt, aber Italien bis heute keinen einzigen Flüchtling abgenommen, sechs weitere einige Hundert aufgenommen, insgesamt waren es gerade mal 12.700 – vereinbart war das Vierfache. Und selbst das wäre viel zu wenig gewesen. Was Italien und Griechenland wollen, brauchen und verdient hätten, ist europäische Solidarität.

Die Bundesregierung und die EU-Kommission aber arbeiten derzeit weiter daran, die Dublin-Regelung zu verschärfen. Länder im Innern Europas sollen künftig Asylverfahren nicht mehr übernehmen dürfen, um die Außengrenzen-Staaten zu entlasten oder weil Flüchtlinge dorthin weitergereist sind.

Italien und Griechenland stecken deshalb in echten Nöten. Es sind die letzten zehn Jahre, die die Länder belasten. Es ist kein Wunder, dass bei der Wahl in Italien im März 2018 die rechtsextreme Lega gewann und seither den Innenminister Matteo Salvini stellt. Er schloss die Grenzen für Flüchtlingsboote und setzt darauf, keine Geflüchteten mehr nach Italien zu lassen.

Die EU ist einmal mehr zu schwach, diesen Zustand zu beenden. Sie wird von den nationalen Egoismen der Mitgliedstaaten ausgebremst. Sie will Flüchtlinge am liebsten unter Androhung hoher Bußgelder zwangsweise in andere Staaten umsiedeln, sobald Länder wie Italien um die Hälfte mehr Menschen aufgenommen haben, als sie gemäß ihrem Anteil an der EU-Bevölkerung müssten. Doch daraus wird nichts. Die anderen Staaten lehnen das ab. Bundeskanzlerin Angela Merkel will nun künftig einen Verteilmechanismus durch die Umverteilung von EU-Mitteln erzwingen. Doch niemand hat etwas davon, Flüchtlinge in Länder zu bringen, die sie nicht haben wollen und in denen diese nicht leben wollen.

Das hat auch damit zu tun, dass die Aufnahmebedingungen bis heute extrem unterschiedlich sind. Zwar beschloss die EU 2013 ein Common European Asylum System (CEAS) genanntes Maßnahmenpaket, das alle Staaten verpflichten sollte, Geflüchtete gleich zu behandeln. Doch die Staaten verhandelten das Recht zum Einsperren in das Paket hinein, den Rest ignorierten sie. Und Brüssel war nicht imstande, die Einhaltung der Flüchtlingsrechte gegenüber den nationalen Regierungen durchzusetzen. Weder hatte die EU die rechtliche Kompetenz noch das politische Durchsetzungsvermögen. Schließlich müssen die

Staaten für die Flüchtlinge selbst bezahlen. Mehr als diplomatische Protestnoten gibt es nicht.

Brüssel finanziert jede*n Landwirt*in auf dem Kontinent. Die Kosten für die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge aber vermochte es nicht zu kollektivieren. Warum war keiner bereit, den Schritt zu einer Gemeinschaftsaufgabe zu gehen, die anteilig von allen finanziert wird? Das wäre eine «europäische Lösung», von der alle reden.

Wenn es so weitergeht, wie im Schnitt der Jahre 2016 bis 2018 kommen jedes Jahr 240.000 Flüchtlinge nach Europa – so oder so.⁸⁶ Warum dies nicht akzeptieren und sie legal kommen lassen? Wenn von ihnen jedes Jahr nur etwa jeder Zehnte eine Arbeit findet, wäre für ihre Aufnahme eine Summe von gut zehn Milliarden Euro jährlich aufzubringen. Das ist etwa ein Sechstel der jährlichen EU-Agrarsubventionen.⁸⁷ Die EU zahlt, alle legen dafür zusammen.

Wenn das europäische Recht auf Freizügigkeit auch auf Flüchtlinge angewandt würde, könnten diese ihren Antragsstaat frei wählen. Niemand müsste per Quote oder Fluchtroute in ein Land, in dem er oder sie nicht leben will und das ihn oder sie partout nicht haben will. Die EU könnte im Gegenzug Verletzungen der Flüchtlingsrechte wirksam sanktionieren. Die Feindseligkeit, mit der Flüchtlingen heute vielfach begegnet wird, würde so nicht verschwinden, aber gedämpft. Der Rest wäre dem Effekt zu überlassen, den die Anwesenheit von Migrant*innen meist hervorruft: Die Menschen gewöhnen sich aneinander.

<http://moving-europe.org/>

<http://kritnet.org/>

www.hinterland-magazin.de/

DAS TÜRSTEHER-ABKOMMEN MIT DER TÜRKEI WAR EIN GROSSER ERFOLG.

Die Türkei ist «heute das beste Beispiel für die Welt insgesamt, wie wir mit Flüchtlingen umgehen sollten».

EU-Ratspräsident Donald Tusk, 23. April 2016⁸⁸

Für Deutschland und die EU ist das im März 2016 in Kraft getretene Abkommen mit der Türkei ein besonders gelungenes Beispiel für eine Maßnahme gegen irreguläre Migration. Schließlich kamen seither weniger Flüchtlinge in Griechenland an und weniger Menschen sind in der Ägäis ertrunken. Doch dass dies Folgen des Türkei-Abkommens sind, ist zweifelhaft – und der moralische Preis für den Pakt ist entsetzlich.

Tatsächlich hatten die meisten Flüchtlinge, die die Türkei verlassen wollten, dies bereits 2015 getan – vor Inkrafttreten des Abkommens. Sie wurden nicht von Europa angelockt, weil dessen Grenzen damals offen waren – das waren sie nicht –, sondern weil die Versorgung in der Türkei zusammenbrach: Die Hilfsorganisationen hatten so wenig Geld, dass sie nur noch Lebensmittelrationen für 0,50 US-Dollar pro Tag ausgeben konnten. Wer trotzdem blieb, hatte Gründe: einen Job, hohes Alter, Krankheit, Kinder, kein Geld für die **Schlepper**, keine Kontakte in Europa, das Bedürfnis, nahe an Syrien zu bleiben. Das Vorgehen der türkischen Armee gegen die Schlepper als Folge des EU-Deals war ein Faktor für den Rückgang der Ankünfte in Griechenland. Aber keineswegs der einzige. Und obwohl die EU rund sechs Milliarden Euro für die Versorgung der Flüchtlinge in Syrien bewilligt hat, leben die rund drei Millionen Geflüchtete dort größtenteils in großer Not.

Käfige wie Tierverschläge

Nach dem Inkrafttreten des Deals sind auch wegen dieser existenziellen Not rund 40.000 Flüchtlinge auf griechischen Inseln

⁸⁸ Zit. nach: Merkel lobt die Erfolge des Flüchtlingsabkommens, Zeit Online, 23.4.2016, unter: www.zeit.de/politik/ausland/2016-04/tuerkei-angela-merkel-besuch-fluechtlinge-davutoglu?google_editors_picks=true&page=3.

angekommen. Griechenland verweigert den meisten die Weiterreise auf das Festland. So müssen sie in überfüllten Lagern ausharren. Die EU hat – für die Presse nicht zugängliche – «Hotspots» genannte Registrierungscentren eingerichtet. Im März 2017 tauchten Fotos aus dem Inneren des «Hotspots» auf der Insel Chios auf. Sie zeigen Käfige, die an Tierverschläge erinnern. Nach Protesten der Insassen brach im September 2016 im Internierungslager Moria auf Lesbos ein Brand aus.

Nach einem Bericht der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) herrscht in den Lagern auf den Inseln ein «psychosozialer Notstand».⁸⁹ 95 Prozent der seit Ende 2016 auf Samos und Lesbos angekommenen Menschen sind Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, meist aus Syrien oder dem Irak. Neuankömmlinge in den Lagern mussten teils auf Pappkartons auf dem Boden schlafen. Selbstmordversuche, Selbstverletzungen oder psychotische Erkrankungen hätten im Sommer 2017 um 50 Prozent gegenüber den vorigen drei Monaten zugenommen. Auch Schwerkranke würden interniert, wenn ihr Asylantrag abgelehnt werde.

Ein EU-internes Umverteilungsprogramm hatte vorgesehen, dass insgesamt 160.000 Menschen aus Griechenland und Italien in andere EU-Staaten umgesiedelt werden. Doch diese hielten sich nicht daran. Bis zum Februar 2018 konnten nur knapp 22.000 Flüchtlinge aus Griechenland in andere EU-Staaten ausreisen, darunter 5.371 nach Deutschland. Seit Inkrafttreten des Abkommens sind über 1.360 Migrant*innen, darunter über 200 aus Syrien, von Griechenland aus in die Türkei zurückgeschickt worden. Im selben Zeitraum sind nach einer Zählung der UN-Migrationsorganisation IOM 351 Migrant*innen im östlichen Mittelmeer ertrunken.⁹⁰

Die letzte Tür geschlossen

Unmittelbar nachdem sich die Türkei mit der EU geeinigt hatte, begann sie, die 911 Kilometer lange Grenze nach Syrien abzuriegeln. Im März 2017 war der Bau fertig. Die Kosten dafür werden auf zwei Milliarden Euro geschätzt. Die Anlage besteht aus Zäunen und mobilen, sieben Tonnen schweren Betonblöcken, oben mit NATO-Draht als Abschluss, drei Meter hoch, zwei Meter

⁸⁹ Psychosozialer Notstand auf den griechischen Inseln, Ärzte ohne Grenzen, 10.10.2017, unter: www.aerzte-ohne-grenzen.de/griechische-inseln-fluechtlinge-verzweiflung-suizid. ⁹⁰ https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean?migrant_route%5B%5D=1377.



الوصول على التمتع بالحب
♥

Gute Besserung

快点好起来

go
szybko się
wylecz

get well soon

breit, radar- und drohnenüberwacht. Private Sicherheitsfirmen bewachen den Zaun. Im Mai 2016 meldete das türkische Verteidigungsministerium, dass sie den türkischen Rüstungskonzern Aselsan mit der Errichtung «intelligenter Wachtürme beauftragt haben, die automatisch warnen und schießen können» – Selbstschussanlagen also. Nur Schwerverletzte und ihre Angehörigen lässt die Türkei noch einreisen – «white door» heißt das.

Eine konkrete Folge des Deals war also, dass die Menschen vor dem Krieg, der in Städten wie Ghouta, Aleppo und Afrin tobte, nicht ins Nachbarland Türkei fliehen konnten – das als Erfolg zu feiern ist menschenverachtend.

<http://legalcentresvos.org/>

<http://civaka-azad.org/>

<https://gazete.taz.de/>

19

54

DER SCHUTZ DER EUROPÄISCHEN AUSSENGRENZEN VERHINDERT HUMANITÄRE KATASTROPHEN.

«Die Ausbildung der Küstenwache Libyens ist wesentlich, um [...] die illegale, für viele tödliche Überfahrt nach Europa möglichst zu verhindern.»

Monika Hohlmeier, innenpolitische Sprecherin der Europäischen Volkspartei (EVP) im EU-Parlament, November 2017⁹¹

Seit dem Sommer 2017 sind weniger Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa gekommen. Von Januar bis Dezember 2018 überquerten etwa 110.833 Menschen das Mittelmeer in Richtung Europa – im Vorjahreszeitraum waren es 172.363. Gleichzeitig starben 2.279 Menschen – im Schnitt etwa sieben jeden Tag.⁹² Die EU betrachtet die Situation dennoch als Erfolg, den sie auf

⁹¹ Zit. nach: Schlitz, Christoph: EU will Ausbildung der libyschen Küstenwache ausweiten, in: Die Welt, 12.11.2017, unter: www.welt.de/politik/ausland/article170526163/EU-will-Ausbildung-der-libyschen-Kuestenwache-ausweiten.html. ⁹² Zahlen nach Angaben des Missing Migrants Project, unter: <https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean>.

ihre Kooperation mit der libyschen Küstenwache zurückführt. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen hatte sie 2016 begonnen, diese auszubilden, obwohl unklar ist, welche Milizen hinter der Truppe stecken.

Seit Mitte 2017 hat die von der EU ausgebildete und unterstützte libysche Küstenwache mindestens 30.000 Menschen im Mittelmeer aufgegriffen und nach Libyen zurückgebracht. Nach einer kurzen Versorgung durch die UN-Organisationen UNHCR und IOM geht es für sie geradewegs zurück in die Hölle: Die Menschen werden direkt in staatliche Internierungslager des Department for Combating Illegal Migration (DCIM) des libyschen Innenministeriums gebracht. Berichte, nach denen es dort «regelmäßig zu äußerst schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen»⁹³ gekommen sei, nennt das Auswärtige Amt glaubhaft. «Rechtsschutzmöglichkeiten fehlen», die Lager seien von «starker Überfüllung, mangelhaften sanitären Verhältnissen, Nahrungs- und Arzneimittelengpässen» gekennzeichnet.

Der Journalist Michael Obert hat aus einem Lager nahe Zawiya über grauenerregende Schilderungen der Insassen berichtet. Blutverschmierte Frauen hätten ihm von Massenvergewaltigungen berichtet. Nachzuverfolgen, was mit den Menschen geschieht, nachdem sie in die DCIM-Lager kommen, sei «nicht möglich», so das Auswärtige Amt. Die Bundesregierung weise «die libysche Einheitsregierung auf ihre Verantwortung für die menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen und Migranten hin».

Die libysche Küstenwache bekommt den Angaben zufolge aus Mitteln des EU-Treuhandfonds für Afrika Schlauchboote, Jeeps, Busse, kugelsichere Westen und Kommunikationsausrüstung. Im Mai und Juni 2017 übergab die italienische Regierung der libyschen Küstenwache vier Patrouillenboote. Insgesamt fließen mehrere hundert Millionen Euro aus der EU, ein Teil davon aus Deutschland, nach Libyen, um die irreguläre Migration einzudämmen.

Nach einem Besuch von Außenminister Sigmar Gabriel in einem der DCIM-Lager im Mai 2017 hatte die Bundesregierung dem UNHCR und der IOM 50 Millionen Euro für den Schutz von Migranten in Libyen bewilligt – den Organisationen, die die auf

dem Meer aufgegriffenen Menschen nun zwischenversorgen, bevor sie wieder in die Lager kommen.

Verkehrsunternehmen bestrafen

Die Zusammenarbeit mit Libyen ist nur ein weiterer Mosaikstein in den Versuchen der EU, Grenzübertritte ohne Visum zu verhindern. Ein anderer ist die Bestrafung von Verkehrsunternehmen, die Asylsuchende ohne Visum ins Land bringen, etwa Fluggesellschaften, Fährlinien, Eisenbahn- oder Busunternehmen. Das ist der Grund dafür, warum Flüchtlinge nicht einfach ins Flugzeug steigen, sondern ihr Leben bei der Überfahrt in seeuntauglichen Schlepperbooten aufs Spiel setzen.

Zäune bauen

Eine weitere Variante der «Grenzsicherung» in der EU sind Zäune, wie sie Spanien, Ungarn, Bulgarien, Mazedonien, Österreich oder Griechenland errichtet haben. Sie sollen den Grenzübertritt erschweren und so die Flüchtlingszahlen senken. In der Folge stauen sich die Menschen in den Nachbarländern und weichen auf andere Routen aus, wo dann teils neue Grenzsperrren gebaut werden. Vor allem an den seit einigen Jahren bestehenden Zäunen um die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Marokko sind immer wieder Menschen gestorben oder haben sich schwerste Verletzungen zugezogen. Was mit den Menschen geschieht, die Grenzzäune überklettern, ist sehr unterschiedlich und teils willkürlich. Manchmal werden sie sofort zurück- oder später abgeschoben, vor allem Spanien praktiziert dies so.

Innereuropäische Grenzkontrollen

Obwohl es Grenzkontrollen im **Schengen**-Raum nicht mehr geben sollte, führen mindestens sechs EU-Staaten Passkontrollen an den Binnengrenzen durch. Vor allem Dänemark und Schweden versuchen auf diese Weise, den Zugang von Flüchtlingen zu stoppen. Wer keinen Pass – und gegebenenfalls kein Visum – für Schweden hat, darf den Zug oder die Fähre nicht betreten. Deswegen kommen Flüchtlinge nun auch mit Schlepperbooten nach Schweden. Dänemark wiederum weist deshalb Flüchtlinge, die nach Schweden wollen, schon an seiner Grenze ab. Innerhalb der EU wird diese Praxis mit größter Skepsis gesehen, denn sie setzt den Kern der europäischen Einigung außer Kraft: die Freizügigkeit.

Welche Rolle spielt Frontex?

2005 gründete die EU eine Behörde zum Schutz der europäischen Außengrenzen mit Sitz in Warschau: **Frontex**. Sie koordiniert und plant Grenzschutzmissionen, an denen sich die Grenzpolizeien der EU-Staaten beteiligen. Das Prinzip von Frontex lautet: EU-weit Material und Personal einsammeln und dorthin schicken, wo Bedarf ist. Für die im September 2016 als «Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache» neu konstituierte Behörde ist die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Migrant*innen ein «Schlüsselement erfolgreichen Migrationsmanagements», so der Frontex-Direktor Fabrice Leggeri. Vom Informationsaustausch bis zur Abschiebungszusammenarbeit habe Frontex deshalb «seine Reichweite jenseits von Europa erweitert».

Die Verlagerung des europäischen Grenzschutzes an Orte weit jenseits des Schengen-Raums – das ist das Zukunftsprojekt von Frontex. Bei der Zusammenarbeit mit den sogenannten **Drittstaaten** – also solchen, die nicht zur EU gehören – will die Agentur ihr «Mandat voll ausschöpfen» und sich «strukturiert und konsistent auf dem Gebiet der Außenpolitik» engagieren. Grenzschrützer als Diplomaten.

44 «Agenturen» für bestimmte Politikbereiche hat die EU. Keine ist so schnell gewachsen und so üppig ausgestattet wie Frontex. Bei der Gründung 2005 in Warschau verfügte sie über 45 Mitarbeiter*innen und einen Jahresetat von 6,5 Millionen Euro. 2016 konnte Frontex 254 Millionen Euro ausgeben, 2020 sollen es 320 Millionen Euro sein. Mehr als 90 Prozent des Geldes kommen dabei von der EU-Kommission, der Rest direkt von den Schengen-Ländern.

Die EU will Frontex noch weiter ausbauen – am liebsten bis zu einer vollwertigen Grenzpolizei. Die Neukonstituierung als European Coast and Border Guard im September 2016 war dazu ein wichtiger Schritt. Die Agentur bekam dabei gleich eine ganze Reihe neuer Kompetenzen für die Durchführung von Abschiebungen. Schon seit einigen Jahren organisierte Frontex auf Bitten – und auf Kosten – der EU-Mitgliedstaaten gemeinsame Abschiebe-Charterflüge. Dabei wurden Abschiebebehäftlinge aus einem gemeinsamen Herkunftsland aus ganz Europa zusammengebracht und dann, bewacht von europäischen Polizist*innen in ihr Heimat geflogen. Das geschah allerdings eher selten: 2015 führte Frontex sieben, 2016 insgesamt 13 sol-

cher Abschiebeflüge durch – nach Georgien, Serbien und Albanien.

Jetzt aber, als European Coast and Border Guard, kann Frontex auch auf eigene Initiative und eigene Kosten solche Abschiebeflüge durchführen. So soll die Zahl der Abschiebungen erhöht werden, gleichzeitig verspricht man sich Effizienzgewinne von der Regelung, schließlich kann in ganz Europa nach einschlägigen Abzuschiebenden gesucht werden, um eine hohe Auslastung der Flugzeuge sicherzustellen. Schon die ersten Monate nach Beginn der Neuregelung zeigten: Die nationalen Ausländerbehörden machen davon gern Gebrauch – es ist ja nicht ihr Geld. «Return Support» heißt diese Art der Serviceleistung von Frontex für Ausländerbehörden. 66,5 Millionen Euro stehen seit 2017 im Haushalt der Behörde dafür bereit: Das gecharterte Flugzeug, Unterkunft von Begleitpersonen, Verpflegung auf dem Boden, Kosten für medizinisches Personal und Dolmetscher*innen bezahlt Frontex. Ebenso sollen damit auch die Beschaffung von Pässen für Abzuschiebende und «freiwillige Ausreisen» finanziert werden – alles Aufgaben, die bislang die Mitgliedstaaten selbst übernehmen mussten.

Parallel dazu versucht die EU vor allem seit 2015, Afrika als Co-Grenzschrützer einzugemeinden. Mit Hochdruck baut sie ihre Beziehungen zu den Regierungen auf dem afrikanischen Kontinent aus. Diese sollen ihre Bürger daran hindern, nach Europa zu gelangen. Die EU bietet dafür Militär- und Wirtschaftshilfe in Milliardenhöhe. Sie arbeitet mit Regimen zusammen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen, und bildet deren Polizei und Armeen aus. Die Bewegungsfreiheit in Afrika wird eingeschränkt, Entwicklungshilfe wird umgewidmet und an Bedingungen geknüpft: Wer Migrant*innen aufhält, bekommt dafür Geld. Und von diesem Geld profitieren wiederum IT-Unternehmen sowie Rüstungs- und Sicherheitskonzerne in Europa.

Kontingente sind kein Ausgleich

Die Befürworter*innen «gesicherter Grenzen» streiten ab, dass sie damit das Asylrecht abschaffen würden. Sie verweisen meist darauf, Flüchtlinge mit Kontingenten direkt aus Krisenregionen nach Europa holen zu wollen. Doch das ist eine Illusion: Schon in der Vergangenheit konnte die EU sich – wenn überhaupt – nur auf winzige Aufnahmeprogramme einigen. Nach den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit sind ausreichen-



de Aufnahmekontingente das Letzte, was in Brüssel beschlossen werden wird.

«Grenzsicherung» wird Menschen nicht abhalten, zu kommen. Das hat die Vergangenheit zur Genüge bewiesen. Wer am Asylrecht festhalten, das Sterben vor den Toren Europas und das Chaos an seinen Grenzen beenden will, muss legale Zugänge nach Europa schaffen.

www.borderline-europe.de/

<https://alarmphone.org/de/>

www.taz.de/migrationcontrol

20

WENIGER ARMUT HEISST WENIGER MIGRATION.

60

«Der Jugend Afrikas eine Chance geben, Armut auf dem Kontinent bekämpfen, [...] Schleppern in Afrika das Handwerk legen und illegale Migration verhindern.»

Die Bundesregierung zum EU-Aktionsplan gegen illegale Migration, November 2015⁹⁴

Die Vorstellung ist auch in linken Kreisen und unter Geflüchteten weit verbreitet: Der Westen beutet den globalen Süden aus, deswegen sind die Menschen dort arm – und fliehen zu uns. Überfischung, Handelsabkommen, Exporte von Subventionshähnchen oder alter Kleidung – würden «wir» weniger Armut in Afrika erzeugen, gäbe es auch weniger Flüchtlinge (→ siehe Punkt 21).

Diese Grundmelodie hat es zuletzt auf die höchste politische Ebene geschafft. Als Kanzlerin Merkel im Dezember 2016 die Präsidentschaft der G20-Staatengruppe übernahm, nannte sie eine Säule ihres Programms: «Verantwortung übernehmen – besonders für Afrika». Die Agenda klang teils so, als sei sie im

⁹⁴ EU-Afrika-Gipfel: Gemeinsamer Aktionsplan gegen illegale Migration, 11./12.11.2015, unter: www.deutschland-kann-das.de/Content/DE/Infodienst/2015/11/2015-11-12-eu-afrikagipfel/2015-11-12-afrika.html.

Eine-Welt-Laden geschrieben worden: «Afrika ist nicht arm, sondern wurde von uns arm gemacht» – mit solchen Sätzen warb der Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) für seinen «Marshallplan mit Afrika», der die «postkoloniale Ausbeutung stoppen» soll. Mit Wirtschaftshilfe soll heute die Migration aus Afrika eingedämmt werden. Wachstum und Arbeitsplätze sollen dafür sorgen, dass die Jugend der Länder südlich des Mittelmeeres in Zukunft dortbleibt. «Fluchtursachenbekämpfung» ist das neue Paradigma der Entwicklungspolitik. Allein 4,1 Milliarden Euro hat die EU Afrika in ihrem Außeninvestitionsplan EEP (European External Investment Plan) bis 2020 für Wirtschaftsförderung in Aussicht gestellt.

Abgesehen davon, dass völlig offen ist, wie auf diese Weise Armut bekämpft werden kann: Die Realität der «Fluchtursachen» ist zu komplex für die Gleichung «weniger Armut = weniger Flüchtlinge».

Ein Blick auf die ankommenden Menschen im Mittelmeer zeigt: Unter den häufigsten Herkunftsländern 2018 waren die Elfenbeinküste, Marokko, Algerien und Tunesien⁹⁵ – Staaten, die keineswegs am unteren Ende der Einkommenshierarchie in Afrika stehen.⁹⁶ Und auch bei den Asylanträgen im Jahr 2016 (→ siehe Tabelle 2) zeigt sich: Es sind nicht die Ärmsten, die sich auf den Weg machen. Unter ihnen sind Menschen aus Diktaturen (Eritrea), Kriegsgebieten (Somalia), aber auch viele Arbeitsmigrant*innen aus vergleichsweise wohlhabenden Staaten wie Algerien, Marokko, Senegal oder Nigeria.

Tatsächlich gibt es verschiedene Faktoren, die Menschen dazu bewegen, ihr Land zu verlassen. Extreme Armut kann ein Faktor für eine Entscheidung zur Migration sein. Doch die Reise ist teuer – die Kosten für Schlepper liegen bei mehreren Tausend Euro. Tatsächlich sind es deshalb oft Menschen, die in Afrika eher zur unteren Mittelschicht zählen, die sich auf den Weg nach Europa machen. Zu versuchen, Armut in Afrika zu bekämpfen, kann sinnvoll sein. Es ist aber ein Irrtum zu glauben, dass dadurch weniger Menschen nach Europa kommen wollen. Es ist ebenso gut möglich, dass die Zahl der irregulären Arbeitsmigrant*innen dadurch steigt. Denn Migration ist nicht auf bewaffnete Konflik-

⁹⁵ Angaben nach UNHCR, unter: <https://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean>. ⁹⁶ BIP afrikanischer Staaten, Wikipedia, unter: [https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_African_countries_by_GDP_\(nominal\)](https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_African_countries_by_GDP_(nominal)).

te, extreme Armut oder Erderwärmung reduzierbar. Sie ist eine Konstante in der Menschheitsgeschichte, eine Normalität der Globalisierung und mit der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar verbunden.

<https://ffm-online.org/>

Tabelle 2: Asylersanträge von Menschen aus afrikanischen Ländern in der EU-28 (2016)

Land	Anzahl	BIP 2017
Nigeria	46.255	1994
Eritrea	33.370	1093
Somalia	18.975	550
Gambia	15.725	480
Guinea	13.465	683
Elfenbeinküste	11.200	1617
Algerien	11.190	4123
Marokko	11.190	3007
Sudan	11.070	2899
Senegal	9.510	1033
Mali	9.450	778
Ghana	7.780	1663
Äthiopien	6.075	873
DR Kongo	5.170	1658
Kamerun	4.890	1374

Quelle: EUROSTAT, IWF

DIE SOLLEN IHRE PROBLEME VOR ORT REGELN, DANN BRAUCHEN SIE NICHT ZU UNS ZU KOMMEN.

«Nach der Unabhängigkeit ab 1960 haben sich Ost wie West je ihre eigenen Diktatoren gehalten. Demokratie wurde nicht erlernt, eine freie Entwicklung nicht zugelassen. In dieser Zeit sind mehr korrupte Eliten entstanden als in der Kolonialzeit.»

Günter Nooke (CDU), Afrika-Beauftragter der Bundesregierung, Oktober 2018⁹⁷

Die erste große Flüchtlings-Selbstorganisation in Deutschland, die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant*innen, hat eine direkte Linie von der Kolonialzeit zur heutigen Ausbeutung der Länder des Globalen Südens gezogen. «Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört», das war ihr Slogan.⁹⁸ In vielen Regionen der Welt herrschen Armut, Hunger, Umweltzerstörung und Krieg – und Menschen fliehen. Der Westen ist heute keineswegs der alleinige Schuldige an diesen Zuständen. Doch seine Politik trägt an vielen Stellen dazu bei, sie aufrechtzuerhalten.

63

Vermögenskonzentration

Einige haben Milliarden, Milliarden haben fast nichts: 82 Prozent des 2017 erwirtschafteten Vermögens ist in die Taschen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung geflossen, hat die NGO Oxfam ausgerechnet.⁹⁹ 3,7 Milliarden Menschen, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung haben dagegen überhaupt nicht vom Vermögenswachstum profitiert. Das oberste Prozent der Weltbevölkerung verfügt seit 2015 über mehr Vermögen als der gesamte Rest der Welt.

Das vom Westen aufgebaute globale Finanzsystem sorgt für eine immer stärkere Konzentration von Reichtum. Diese hat sich

⁹⁷ «Wir haben lange Zeit zu viel im Hilfsmodus gedacht». Interview mit Günter Nooke, in: BZ-Berlin, 7.10.2018, unter: www.bz-berlin.de/deutschland/afrikabeauftragter-guenter-nooke-der-kalte-krieg-hat-afrika-mehr-geschadet-als-die-kolonialzeit. ⁹⁸ Die Karawane und The Voice, unter: <http://kompass.antira.info/netzwerke/die-karawane-und-the-voice/>. ⁹⁹ Reward Work, not Wealth, Oxfam, 22.1.2018, unter: www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/reward-work-not-wealth.

in den vergangenen Jahren verstärkt – den Reichen hat die Krise nicht geschadet. Gleichzeitig muss jeder neunte Mensch auf der Welt mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag auskommen – der Grenze für sogenannte extreme Armut.¹⁰⁰ Im Jahr 2016 sind weltweit 5,6 Millionen Kinder unter fünf Jahren gestorben.¹⁰¹ Die Hälfte von ihnen an den Folgen von Mangelernährung, die meisten der übrigen an leicht behandelbaren Krankheiten, obwohl die Ressourcen, um diese Tode zu verhindern, vorhanden sind.

Auch in Deutschland nimmt die Ungleichverteilung der Privatvermögen weiter zu: Nach Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung besaß das reichste Prozent der Deutschen im Jahr 2014 ein Drittel des Vermögens.¹⁰²

Steuerhinterziehung

Ein Grund ist die Steuervermeidung von Unternehmen und reichen Einzelpersonen durch ein System von Steueroasen. Die NGO Global Finance Integrity geht davon aus, dass im Jahr 2014 zwischen 620 Milliarden und knapp einer Billion US-Dollar aus Entwicklungsländern weltweit abgeflossen sein dürften.¹⁰³

Diese Schätzung umfasst illegale Finanzströme wie etwa Geldwäsche, aber eben auch Steuerhinterziehung. Zum Vergleich: Die gesamten OECD-Mitglieder gaben im Jahr 2014 zusammen nur rund 137 Milliarden US-Dollar für die Entwicklungshilfe aus.¹⁰⁴ Reiche Einzelpersonen halten in Steueroasen Billionen US-Dollar versteckt – unbesteuert. Multinationale Konzerne und viele reiche Einzelpersonen entziehen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Und die Industriestaaten helfen ihnen dabei: Von den 39 Steueroasen, die die US-Finanzbehörde im Oktober 2015 weltweit identifiziert hat, liegen über die Hälfte in Europa oder auf dem Territorium von G7-Staaten.¹⁰⁵ In den übrigen konzentrieren sich im Vergleich nur geringe Summen.

100 Ferreira, Francisco: The 2017 global poverty update from the Worldbank, 16.10.2017, unter: <http://blogs.worldbank.org/developmenttalk/2017-global-poverty-update-world-bank>. **101** WHO, Infant Mortality, unter: www.who.int/gho/child_health/mortality/neonatal_infant_text/en/. **102** Bach, Stefan/Thiemann, Andreas/Zucco, Aline: Looking for the Missing Rich, DIW Berlin, Discussion Papers 1717, 2018, unter: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.575768.de/dp1717.pdf. **103** Spanjers, Joseph/Salomon, Matthew: Illicit Financial Flows to and from Developing Countries 2005–2014, Global Financial Integrity, 1.5.2017, unter: www.gfintegrity.org/report/illicit-financial-flows-to-and-from-developing-countries-2005-2014/. **104** www.oecd.org/dac/stats/final-oda-2014.htm. **105** KPMG: District of Columbia – Tax haven jurisdictions listed, 22.8.2015, unter: www.kpmg.com/us/en/issuesandinsights/articlespublications/taxnewsflash/pages/2015-1/district-of-columbia-tax-haven-jurisdictions-listed.aspx.

Entwicklungszusammenarbeit

Der Kampf gegen Armut als Bekämpfung irregulärer Migration – das ist das neue Paradigma der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) (→ siehe Punkt 20): Rund 15 Milliarden Euro haben europäische Staaten und die EU seit 2015 an Drittstaaten gezahlt oder ihnen bewilligt, damit Flüchtlinge und irreguläre Migrant*innen dableiben, wo sie sind. Den in dieser Rechnung enthaltenen Etats ist gemein, dass «Grenzertüchtigung», «Besseres Migrations- oder Grenzmanagement» oder «Fluchtursachenbekämpfung» in den jeweiligen Projektbeschreibungen explizit genannt sind. Häufig, aber keineswegs immer, bedeutet dies, die Grenzanlagen der Länder aufzurüsten.

Aufs Ganze gesehen, sind 15 Milliarden Euro eine geringe Summe: Zwischen 2007 und 2013 flossen im Schnitt jährlich rund 20 Milliarden Euro Entwicklungshilfe aus Europa nach Afrika. Doch die Kanalisierung von Hilfe auf «Fluchtursachenbekämpfung» nimmt zu. Das Ziel ist dabei immer das Gleiche: Die Partnerstaaten sollen Flüchtlinge und Migrant*innen im Land halten oder zurücknehmen. Doch in ihrem neuen Partnerschaftsrahmen wird dies von der EU explizit zur Bedingung für Hilfe gemacht (→ siehe Punkt 19): «In die Entwicklungs- und Handelspolitik der EU wird ein Mix aus positiven und negativen Anreizen eingebunden, um die Anstrengungen der Länder zu honorieren, die bereit sind, bei der Migrationssteuerung wirksam mit der EU zusammenzuarbeiten, und um Konsequenzen für jene sicherzustellen, die dies verweigern.»

Europäische Hilfe wird also zum Druckmittel gegenüber einer Reihe der ärmsten Staaten der Welt. Unverblümter und umfassender als früher wird sie an Bedingungen geknüpft, umgewidmet, konzentriert: dahin, wo Europas politische Prioritäten liegen. Wer nicht hilft, unerwünschte Migrant*innen fernzuhalten, soll nicht nur Hilfszahlungen, sondern auch Marktzugänge verlieren. «Die Gefahr, dass die EZ sich auf wenige Staaten konzentriert und andere, die in diesem Zusammenhang weniger wichtig sind, weniger bekommen, ist da»,¹⁰⁶ sagt Benjamin Schraven vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Der Zweck der EZ-finanzierten Projekte sei «zunehmend Migrationsmanagement, Fluchtursachenbekämpfung. Und das ist meist Migra-

tionsbekämpfung. Das wird immer mehr die zentrale Raison d'Être für Entwicklungszusammenarbeit.»

Es ist eine Zweckentfremdung von Mitteln, die dazu da sind, Armut und Not zu lindern. Es widerspricht dem Sinn von Entwicklungshilfe auch deshalb, weil Arbeitsmigration ein Segen für arme Länder ist. Rücküberweisungen sind für viele Menschen wichtig, die von großen Entwicklungsprojekten oft nicht direkt profitieren. Die Zahlungen von Menschen, die im Ausland arbeiten, bringen Geld in die Kassen der kleinen Händler*innen und Landwirt*innen.

Wie sehr sich dieser Prozess beschleunigt, deutete sich bei der Sitzung der EU-Entwicklungsminister im Februar 2018 an: Da erklärte die EU-Kommission, dass sie künftig gar keine eigenständige Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit mehr will, sondern diese nur noch als ein Teilbereich – «Instrument» genannt – der Außenpolitik organisieren will.¹⁰⁷

Gleichzeitig leben die Industriestaaten bis heute gut davon, Rohstoffe im globalen Süden zu fördern – und nur sehr wenig dafür zu bezahlen. Dadurch entgehen armen Ländern teils enorme Einnahmen, die helfen könnten, Infrastruktur und Sozialsysteme aufzubauen und der Bevölkerung bessere wirtschaftliche Perspektiven zu geben.

Waffen für die Krisen dieser Welt

Deutsche Waffenexporte heizen bewaffnete Konflikte an und werden für Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen benutzt. Der Nachschub an Waffen verstärkt die Intensität von Konflikten und Repression – die Zahl der Toten, Verletzten und Flüchtlingen steigt. Der unkontrollierte Handel mit Kleinwaffen befördert die Herrschaft von Warlords und verbrecherischen Milizen. Die Bundesregierung hat 2017 Waffenexporte in Entwicklungsländer im Wert von über eine Milliarde Euro genehmigt.¹⁰⁸ Das war doppelt so viel wie im Vorjahr und mehr als viermal so viel wie noch 2008. Insgesamt wurden 2017 Genehmigungen für Waffenexporte im Wert von 6,2 Milliarden Euro erteilt. Deutschland ist damit einer der weltweit führenden Exporteure von Waffen. Deutsche Waffen dürfen zwar nicht

107 Kekeritz, Uwe: Drohende Zweckentfremdung von EU-Entwicklungsgeldern verhindern, 19.2.2018, unter: www.uwe-kekeritz.de/presse/zweckentfremdung-von-eu-entwicklungsgeldern-verhindern/. **108** Bundesregierung verdoppelt Rüstungsexporte an Entwicklungsländer, 27.2.2018, unter: www.sevimdagdelen.de/bundesregierung-verdoppelt-ruestungsexporte-an-entwicklungslaender/, BT-DRS 19/516.

in Konfliktgebiete außerhalb der NATO-Staaten geliefert werden, gleichwohl gelangen sie dorthin: Hubschrauber in den Irak, Waffen aller Art nach Saudi-Arabien, Panzer in die Türkei.¹⁰⁹ G36-Sturmgewehre von Heckler & Koch werden nach Ägypten verkauft, wo es immer wieder viele Tote bei Demonstrationen durch Gewalt von Polizei und Armee gibt. Die Gewehre gelangten nach Mexiko, wo sie offenbar auch 2014 bei dem Massaker an Studierenden von Iguala benutzt wurden.

Unser Freund, der Despot

Viele Regime in der Welt können sich trotz dauerhafter Menschenrechtsverletzungen an der Macht halten, weil sie vom Westen gestützt werden. Dies kann direkt durch die Zahlung von Militär-, Wirtschafts- oder Entwicklungshilfe geschehen, aber auch durch politische Anerkennung. Angehörige bestimmter Minderheiten, Oppositionelle, aber auch Menschen, die nicht vom herrschenden System profitieren, sondern arm sind, werden auch dadurch gezwungen, ihre Länder zu verlassen. Beispiele hierfür sind etwa Eritrea, Sudan oder Äthiopien,¹¹⁰ die zuletzt von der EU als Partner für die Grenzsicherung hoffiert wurden. In der jüngsten Zeit hätte es die Bundesregierung vor allem in der Hand gehabt, die Kurd*innen zu unterstützen, die in Nordsyrien dem Krieg zu trotzen versuchen – mit diplomatischer Anerkennung und direkter Hilfe. Stattdessen erteilte sie allein vom 18. Dezember 2017 bis zum 24. Januar 2018 insgesamt 31 Genehmigungen für den Rüstungsexport in die Türkei¹¹¹ – kurz bevor die Türkei völkerrechtswidrig in das syrische Afrin einmarschierte, eine Herrschaft islamistischer Milizen errichtete und dabei deutsche Panzer benutzte.

67

<https://afrique-europe-interact.net/>

www.thevoiceforum.org/

<http://thecaravan.org/>

www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/

[gerechtigkeit-schaffen](http://www.imi-online.de/)

www.imi-online.de/

¹⁰⁹ Vgl. Aken, Jan van: «Kein Panzer geht in Kriegsgebiete». Irrtümer und Mythen über Waffenexporte – und warum wir ihr Verbot brauchen, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, argumente 16, Berlin 2018. ¹¹⁰ Who gets paid, to stop the world's refugees?, unter: taz.de/migrationcontrol. ¹¹¹ Bundesregierung verdoppelt Rüstungsexporte an Entwicklungsländer, 27.2.2018, unter: www.sevimdagdelen.de/bundesregierung-verdoppelt-ruestungsexporte-an-entwicklungslaender/.

GLOSSAR

Asylbewerber*in: Person, die einen Asylantrag gestellt hat, über den noch nicht entschieden wurde.

Asylkompromiss: Von CDU/CSU, SPD und FDP 1992 vereinbarte Änderung des Grundgesetzes, der zufolge ein Asylantrag in Deutschland nicht mehr gestellt werden kann, wenn Asylsuchende auf dem Weg nach Deutschland durch einen sogenannten → sicheren Drittstaat gereist sind. Alle Nachbarstaaten Deutschlands gelten als sichere Drittstaaten. In den Jahren nach der Gesetzesänderung sanken die jährlichen Asylanträge unter anderem deshalb um über 90 Prozent.

Asylsuchende: Personen, die zum Zwecke der Asyl-Antragstellung einreisen.

Aufenthaltstitel: Dokumente, mit denen Nicht-EU-Bürger*innen der Aufenthalt in Deutschland erlaubt wird. Diese können befristet und an Bedingungen gebunden sein. Wer keinen Aufenthaltstitel hat, ist entweder → geduldet oder → illegalisiert.

68

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Dem Innenministerium unterstellte Bundesbehörde mit Hauptsitz in Nürnberg, die unter anderem für die Bearbeitung von Asylanträgen zuständig ist. Die Einzelentscheider*innen haben dabei hausinternen «Richtlinien» für den Umgang mit bestimmten Herkunftsstaaten zu folgen.

Drittstaat: In der Regel sind damit alle Staaten außerhalb der EU gemeint, seltener wird der Begriff auch synonym mit → «sicherer Drittstaat» verwendet.

Dublin I/II/III: EU-Verordnung, die festlegt, welcher Mitgliedstaat für einen Asylantrag zuständig ist. In der Regel ist das der EU-Staat, der die Einreise eines Flüchtlings «nicht verhindert hat» – meist die Staaten an den südlichen EU-Außengrenzen. Zweck der Verordnung war es, dass → Asylsuchende EU-weit nur ein Asylverfahren betreiben können. Zur Durchsetzung der Regelung werden allen Asylsuchenden Fingerabdrücke abgenommen und EU-weit zentral gespeichert.

Duldung/geduldet: Eine Duldung ist kein → Aufenthaltstitel, sondern lediglich eine «vorübergehende Aussetzung der Abschiebung» (§60a AufenthG) von Ausländer*innen. Ausländerbehörden stellen Duldungen aus, wenn es ihnen praktisch nicht möglich ist, jemanden abzuschieben. Gründe hierfür können sein, dass kein Pass existiert, die Person krank oder staatenlos ist oder ihr Herkunftsland sie nicht einreisen lässt. Geduldete werden in vielen Bereichen behandelt wie → Asylsuchende während der Prüfung ihres Asylantrags: Sie dürfen nicht ohne Weiteres arbeiten, erhalten reduzierte Sozialleistungen, müssen in Sammelunterkünften leben und unterliegen der → Residenzpflicht.

Frontex: 2005 gegründete EU-Behörde zum Schutz der europäischen Außengrenzen mit Sitz in Warschau. Frontex ist bislang keine supranationale Grenzpolizei, sondern koordiniert und plant Grenzschutzmissionen, an denen sich die Grenzpolizeien der EU-Staaten beteiligen.

Nachrangigkeitsvorbehalt/Vorrangprüfung: Bestimmung, die vorsieht, dass Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die eine Arbeitserlaubnis haben, eine bestimmte Stelle nur dann annehmen dürfen, wenn für die Beschäftigung keine deutsche oder EU-Arbeitskraft gefunden werden kann. Die Ausländerbehörde erlaubt die Beschäftigung nur, wenn die Bundesagentur für Arbeit zustimmt. In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit bedeutet diese Klausel oft ein faktisches Arbeitsverbot.

Residenzpflicht: Für → Asylsuchende und → Geduldete geltendes Verbot, frei innerhalb Deutschlands zu reisen oder sich an einem anderen Ort anzusiedeln. Die Bestimmung hat diese Gruppen lange gezwungen, selbst für Reisen von nur wenigen Stunden außerhalb des zugewiesenen Bezirks eine Genehmigung bei der Ausländerbehörde zu beantragen, die verweigert werden kann. Zwischenzeitlich wurde die Residenzpflicht gelockert.

Refugees in orbit: Begriff aus dem Völkerrecht, der einen Zustand beschreibt, in dem Flüchtlinge von Ländern hin- und hergeschoben werden, ohne dass eines die Verantwortung für sie übernimmt.

Schengen: Gemeinde in Luxemburg, in der verschiedene europäische Abkommen geschlossen wurden, um den Wegfall der Grenzkontrollen im Innern der EU zu regeln. «Schengen» wird deshalb auch als Synonym für den Teil der EU verwendet, in dem es keine Grenzkontrollen gibt. Dazu zählen auch die assoziierten Staaten Island, Norwegen und die Schweiz.

Schlepper/Schleuser: Helfer*innen beim illegalen Grenzübertritt, häufig mafiös organisiert. Die Reisen finden teils unter lebensgefährlichen Umständen statt. Ohne Fluchthelfer*innen ist es für viele Migrant*innen jedoch unmöglich, in Länder zu kommen, die ihnen Schutz bieten könnten. Nicht immer arbeiten Schleuser*innen gegen Bezahlung, immer aber ist Schleuserei verboten und wird oft hart bestraft.

Sicherer Drittstaat: Jedes Land, in dem die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleistet ist, durch das ein Flüchtling auf seinem Weg nach Deutschland gereist ist. Die Einreise durch sichere Drittstaaten führt theoretisch dazu, dass Flüchtlinge in Deutschland keinen Asylantrag stellen dürfen, sondern dafür in einen der Drittstaaten zurückgehen müssen. In der Praxis ist diese Bestimmung oft nicht durchsetzbar. Nicht zu verwechseln mit → sicheren Herkunftsstaaten.

Visum: Erlaubnis zur legalen Einreise, die in vielen Staaten vorab beantragt werden muss.

AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN



Jan van Aken

«KEIN PANZER GEHT IN KRIEGSGEBIETE» Irrtümer und Mythen über Waffenexporte – und warum wir ihr Verbot brauchen

luxemburg argumente Nr. 16

November 2018

40 Seiten

ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/39650



Anna Schiff

IST DOCH EIN KOMPLIMENT ... Behauptungen und Fakten zu Sexismus

luxemburg argumente Nr. 9

3., überarbeitete Auflage

November 2018

44 Seiten

ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/8932

Impressum

luxemburg argumente Nr. 17, 1. Auflage

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V.i.S.d.P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: Februar 2019

Autor: Christian Jakob

Redaktion: Massimo Perinelli

Illustrationen: FLMH Labor für Politik und Kommunikation GmbH

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Die Begrüßung von Einwanderung beinhaltet hingegen die Forderung nach gleichen Bürgerrechten und umfassender gesellschaftlicher Teilhabe. Denn die Migrant*innen von 2015 blieben keine Flüchtlinge, sondern sind längst zu Mitschüler*innen, Kommiliton*innen, Kolleg*innen, Nachbar*innen und Freund*innen geworden, auch wenn sie immer noch mit allen Mitteln prekariert werden. Wie Generationen von Eingewanderten vor ihnen prägen sie dieses Land bereits jetzt und verändern es unwiderruflich.

Die Millionen Aktiven in den Willkommensinitiativen wissen, dass sie keine bloßen Zeug*innen dieser Prozesse von Sesshaftwerdung, Partizipation und kommunitaristischer Transformation sind, sondern selbst Akteur*innen einer (post-)migrantischen Gesellschaft, in der jede Vorstellung von statischer Homogenität längst zu den Märchen aus uralten Zeiten gehört.

«Einwanderung willkommen» greift Mythen und Lügen in der Flüchtlingspolitik auf und liefert Argumente gegen das Fremdmachen von Migrant*innen. «Einwanderung willkommen» plädiert für eine Perspektive der Gesellschaft der Vielen, in deren pluralem Kern die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft eingeschrieben ist. Die Argumente gegen rassistische Stereotype und Fake News gehören dabei zum Rüstzeug unserer (post-)migrantischen Realität und solidarischen Intelligenz.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

